XIII.

Die westfälischen Konservativen und der Kulturkampf.

Von M. Meister.

Der Westfale ist seinem ganzen Charakter nach konservativ. Es gibt kaum einen Menschenschlag, der so zäh am Alten hängt wie er. Der Väter Brauch und Sitte ist ihm heiligstes Vermächtnis. Der Vorfahren Tuen und Lassen ist ihm Richtschnur. Schwerblütig und breitspurig steht er auf ererbter Scholle.

Diese Naturanlage will es, daß auch sein politisches Denken von Haus aus konservativ ist, im Altbewährten festgewurzelt.

Aber westfälisches Land blieb nicht unberührt von der wogenden See deutscher Geisteskämpfe im 19. Jahrhundert. Der natürliche Damm des Volkscharakters gab nach, da, wo er durchsetzt wurde mit fremder Zutat. So wurden die Industriegebiete Einbruchsstelle für andersgeartetes Denken. Hier drängten sich vom Westen her die Humanitätsideen der Aufklärung ein, gepaart mit dem Stimmungsgehalt des revolutionären Kosmopolitismus.

Wo der Deich geborsten war, schlug die Welle des Liberalismus hindurch und zerfloß in die Breite. Sie erhielt Gefälle nach dem Weichbild der handeltreibenden Stadt. Hier wurde sie angesaugt, wo geeignete Bedingungen geistiger Kreuzung und physischer Blutmischung den spröden Urstoff gelockert hatten. So wird die Handelswelt, das Bürgertum, von den Ideen liberaler Weltanschauung ergriffen.

Das sind in Westfalen die Stätten des Liberalismus. Freisinn und Sozialdemokratie kommen im Gefolge. Industrie, Verkehrswirbel, fremder Einschlag haben sie angeschwemmt.

Das platte Land blieb sich treu. Alter Väter Geist und Art schloß sich ab gegen das Fremde. Der Bauer hält fest am Herkommen. Er schwört zum Erprobten.

Auch das erste Gewerbe, das hineindringt in das Heimwerk des Hausfleißes am Spinnrad und Webstuhl, ändert nicht des bodenständigen Bauern Denkart. Religiöser Sinn,

gestählt am Walten Gottes in der Natur, gibt ihm den sicheren Halt. Wo christlicher Glaube ein festes Bollwerk türmte, brach sich die brandende Woge.

So wurde abgedämmt gegen die Linke. Bis 1852 rang sie mit dem konservativen Kern um Besitz. Dann blieb ihr die Einbruchsstelle überlassen: die ehemalige Grafschaft Mark und von Süden her das industrielle Siegerland. An diesen beiden Angriffspunkten wurde schon 1870 liberal gewählt. Die Abgeordneten der Kreise Hagen¹⁾, Altena-Sjerlohn²⁾, Bochum-Dortmund³⁾, Hamm⁴⁾ und Siegen⁵⁾ saßen auf den Bänken der verschiedenen linken Schattierungen: Linke, linkes Zentrum, Fortschritt. Und wenn man hier einmal etwas mehr nach rechts rückte, dann höchstens zur Fraktion Vinde, Zentrum Harfort oder zu den Nationalliberalen.

Dagegen hielten sich das Sauerland, die Gebiete der früheren Fürstbistümer Münster, Paderborn und Minden, sowie der Grafschaft Ravensberg frei vom liberalen Einfluß. Hier war man höchstens geneigt, eine mittlere Linie zu halten. Die katholische Fraktion, die aus dem Münsterland und dem Paderbornischen beschied wurde, konnte man nichts weniger als links gerichtet nennen, denn das katholische Prinzip ist im Kern seines Wesens konservativ. Und ebenso hielt Minden-Ravensberg stand auf dem christlich konservativen Boden seiner Väter.

Nach der Reichsgründung sind die konservativen Gebiete Westfalens im Reichstag wie im Landtag vertreten durch die Fraktionen des Zentrums und der Konservativen. Auch das Zentrum war konservativ. Der Kulturkampf hat erst recht gezeigt, daß das Zentrum rechts stand. Er schied schärfer noch als bisher, was liberal war und was konservativ. Zentrum und Konservative hielten zusammen.

Daß die Zentrumspartei die dem Liberalismus entsprungene Kulturkampfgesetze auf das äußerste bekämpfte,

¹⁾ Bis 1852 noch rechts, dann 1862 und 1863 einmal konstitutionell vertreten.

²⁾ Hatte 1849—1852 noch rechts und rechtes Zentrum gewählt.

³⁾ Hatte bis 1851 noch Abgeordnete beim rechten Zentrum.

⁴⁾ Bis 1852 waren Hammer Vertreter im Zentrum und auf der Rechten, 1855—1861 auch in der katholischen Fraktion.

⁵⁾ Bis 1852 vertreten durch die Rechte und rechtes Zentrum, dann 1852—1859 durch die katholische Fraktion.

war selbstverständlich und braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Unsere raschlebige Zeit hat aber vielfach schon vergessen, daß ein unerschrockener Mitstreiter ihr zur Seite focht. Das war die alte konservative Partei.

Wir beschränken uns hier auf die westfälischen Konservativen.

Die Konservativen, soweit sie nicht im Zentrum waren, hatten ihre Hauptdomäne in Westfalen in Minden-Ravensberg. In den übrigen westfälischen Gebieten wie in Tecklenburg, Hamm, Soest, Witgenstein-Siegen, wo auch konservative Gruppen saßen, kamen sie in der Öffentlichkeit zunächst noch nicht zur Geltung. Minden-Ravensberg aber wählte immer konservativ und hatte auch eine gut geleitete konservative Presse. Es bestanden dort drei Organe¹⁾: Der seit 1862 erscheinende und besonders auf dem Land verbreitete „Konservative Volksfreund“, die 1877 gegründete, mehr für die Stadtbevölkerung bestimmte „Neue Westfälische Volkszeitung“, und das ganz konservativ eingestellte, schon seit 1845 bestehende „Evangelische Monatsblatt für Westfalen“.

Die konservativen Abgeordneten²⁾, die aus den westfälischen Wahlkreisen während der Kulturkampfzeit in das preußische Abgeordnetenhaus gesandt wurden, waren aus Minden-Lübbecke zuerst Frh. Ledebur und Kolon Obermeier, dann 1879 Frh. v. d. Reck-Obernsfelde und Kolon Südmeier; aus Herford-Halle-Bielefeld: Finanzminister a. D. v. Bodelschwingh, Strafanstaltsdirektor Stroffer und Landwirt Meyer zu Selhausen, später an Bodelschwinghs Stelle der Hofprediger Stöcker. Zum Reichstag entsandten an konservativen Abgeordneten nach einander der Wahlkreis Minden-Lübbecke: den Landrat v. Oheimb, von Nathusius-Ludom, Gutsbesitzer Bock; der Kreis Halle-Herford: den Finanzminister a. D. v. Bodelschwingh, Oberpräsident a. D. v. Reist-Regow; der Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück den Geh. Justizrat Marcard, dann Frh. v. Ungern-Sternberg.

¹⁾ Vergl. Erich Hoener, Die Geschichte der christlich konservativen Partei in Minden-Ravensberg. Münster, Diss. 1923. S. 16. ff.

²⁾ Ebenda Anhang.

Alle diese Abgeordneten haben, wie die alte konser-vative Partei überhaupt, gegen die Kulturkampfgesetze gestimmt. Die redengewandteren unter ihnen sind auch in den Parlamenten schlagfertig den Zentrumsrednern zur Seite gestanden, nicht etwa um dem Zentrum zu helfen, sondern weil sie von gemeinsamer konserver-tiver Grund-anschauung ausgingen. Immer wieder sind damals konser-vative Politiker gegen die Regierungsvorlagen, gegen den Kultusminister Falk, ja auch gegen Bismarck und gegen die zahlenmäßig überlegenen liberalen Parteien in die Schranken getreten. Mit dem Mute ihrer konserver-tiven Überzeugung führten sie den ungleichen und aussichtslosen Kampf, in dem nicht die Logik des Rechts, sondern die einfache Machtverteilung die Entscheidung gegeben hat.

Am 27. Februar 1873 hielt der Abgeordnete für Her-ford=Halle=Vielefeld, der Strafanstaltsdirektor Strosser¹⁾, bei der Beratung über die Abänderung der Paragraphen 15 und 18 der Verfassung eine großangelegte Rede. Es hatten von Seiten der Konserver-tiven zu dieser Sache schon Prof. Glaser aus Marburg, Präsident Ernst Lud-wig v. Gerlach, von Mitschke=Collande und von Gottberg gesprochen und die Regierungsvorlage bekämpft. Vom Zentrum waren bereits Reichensperger (Olpe), v. Mallinck-rod, Windhorst, Reichensperger (Koblenz) und v. Schorle-mer-Alft, also die schlagfertigsten und scharfsinnigsten Redner zum Worte gekommen. Da war es schwer, noch etwas Neues zu sagen.

Trotzdem gelang es der Gewandtheit Strossers, die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln, was aus den vielen Zwischenrufen: Zustimmungen auf Seiten des Zentrums und der Konserver-tiven, Oho-Rufen auf der Linken, zu schließen ist. Er fertigte zunächst mit ätzenden Spott einen Befürworter der Vorlage ab, seinen früheren konser-vativen Fraktionsgenossen v. Brauchitsch, der aber in das Lager der liberalisierenden Freikonserver-tiven abgescwenkt war. Brauchitsch hatte die Konserver-tiven heftig ange-griffen und ihnen zugerufen, er begreife nicht, wie sie vom evangelischen Standpunkt aus ein gemeinsames Vor-gehen mit den Katholiken als wünschenswert bezeichnen

¹⁾ Sten. Berichte, Abgeordnetenhaus 1873, S. 1258 ff.

könnten. Dieses Zusammengehen in kirchlichen und kulturellen Fragen mit den Katholiken, wie es den konservativen Grundsätzen entsprach, gehörte aber gerade zu den Scheidungsgründen, die für die Männer um v. Brauchitsch entscheidend waren für ihren Austritt aus der altkonservativen Partei.

Dem Minister Falk und den andern Anhängern der Vorlage hält er Leichtfertigkeit vor; sie hätten nur Behauptungen aufgestellt, aber keine beweisenden Tatsachen angeführt. Wann und wo seien denn aus den Reihen der katholischen oder der evangelischen Kirche Preußens Angriffe gegen den Staat erfolgt? Wo lägen denn die Verbrechen der katholischen Kirche? Solche Fragen stellt ein evangelischer Abgeordneter aus Westfalen, der zu den Konservativen gehört! Und seitens der evangelischen Kirche sei „nicht der geringste Anlaß gegeben, so gewaltige Vorwürfe den Kirchen zu machen“. „Ja, meine Herrn, wenn man so außerordentlich leicht seine Gründe zurecht macht, so ist es auch außerordentlich leicht, entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen. Ich möchte wohl wissen, wer von den Rednern, die gegen die Gesetze sich ausgesprochen haben, auch nur andeutungsweise die Behauptung ausgesprochen hat, daß die Kirche über den Staat herrschen müsse auf seinem Gebiet, daß der Staat für die Gesetze, die er innerhalb seiner Kompetenz und seiner Grenzen erläßt, jemals einer Zustimmung der Kirche bedürfe. Wir betonen immer nur, Staat und Kirche sind als zwei göttliche Ordnungen neben einander gestellt, innerhalb ihrer Gebiete souverän, beide selbständig. Wir erkennen aber auch an, daß die Kirche mit einer ganzen Reihe ihrer Ordnungen innerhalb des Staatslebens steht und dort die Staatsgesetze vollständig mit zu beachten hat, auch bisher beachtet hat und ferner beachten will, und wo sie das nicht tut, da soll sie durch die Machtmittel des Staates dazu gezwungen werden.“ Es werden hier ganz folgerichtig Uebergriffe des Staates in die Kirche und ebenso etwaige Uebergriffe der Kirche in das Staatsgebiet verurteilt.

Er verwahrte sich dabei ganz entschieden gegen einen Anwurf v. Brauchitschs, daß den Konservativen alles Gefühl für das Staatsinteresse scheinbar verloren gegangen sei. „Das ist eine der schwersten Anschuldigungen, die ein

Mitglied des Hauses gegen das andere erheben kann, eine schwerere Anschuldigung noch, wenn sie ein früherer Fraktionsgenosse, der seine Genossen doch kennen mußte, gegen Andere, die mit ihm gemeinschaftlich lange Jahre gearbeitet haben, hier öffentlich und vor dem ganzen Lande erhebt, was mich zwingt hier dagegen entschieden zu protestieren.“

Er weist die ungeheuerliche Anklage zurück, das Verhalten der Kirchen hätte die Entwicklung des Staates in seinen nationalen Zielen gehemmt. „Ich glaube, von Seiten der beiden Kirchen ist in dem Momente, wo wirklich der Staat zu seinen nationalen Zielen die entscheidenden Schritte tat, alles geschehen, was diese seine Schritte nur irgendwie fördern und nach allen Seiten hin unterstützen konnte“. Er führt dann die einzelnen Maßnahmen an, die von beiden Kirchen ergriffen wurden, die ihre Geistlichen, Ordensmitglieder und Diakonissen auf die Schlachtfelder und in die Lazarethe sandten, um den Verwundeten Hilfe und Trost zu bringen. Es könne nimmermehr bewiesen werden, daß das Wachstum und die Einheitsbestrebungen des Reichs durch die dafür verantwortlich gemachten Kirchen geschädigt sein sollten. Man möge nur nicht die Treue seiner Einwohner zur Staatsregierung und zum Lande durch falsche gesetzgeberische Akte schädigen. Man müsse es den Gliedern der Kirche auch leicht machen, dem Staate mit Liebe und Treue zu dienen; „es ist gewiß nicht zum Segen, wenn man auf die Mißstimmung, die durch weite Kreise des Volkes geht, von oben herab gleichgiltig heruntersieht“.

Mit überlegener Ironie charakterisiert er dann, wie man die große Anklage gegen die katholische Kirche zu begründen versucht habe. Man habe von der konstantinischen Schenkung und den pseudoisidorischen Dekretalien angefangen und Dinge aus aller Herrn Länder und allen Zeiten angeführt; aber die Ankläger hatten vergessen, daß man das Alles auch schon 1848 gewußt habe und trotzdem die Verfassungsurkunde mit den Artikeln 15 und 18 erlassen habe. Stroffer spottet, man hätte ebensogut noch 3 Jahrhunderte weiter zurückgehen können in die Zeit der Märtyrer der ersten Kirche, denn diese Märtyrer hätten sich notorisch in scharfen Gegensatz zur Staatsgewalt gesetzt.

Dann wendet er sich greifbareren Tatsachen zu. „Der sichtbar gewordene Ausgangspunkt des Streites zwischen Staat und Kirche, die Exkommunikation von Wollmann und Michelis, ist vom H. Minister selbst in einer seiner letzten Reden schon ziemlich bei Seite geschoben als nicht so belangreich“.

Das vielangegriffene Wort des Bischofs von Ermland, „man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen“, sei ein bekanntes Apostelwort, und „auch nicht geeignet, die vorliegende Gesetzgebung zu erklären, noch weniger zu rechtfertigen“. Mit der Beschränkung wie der Bischof das Wort wiederholt aussprach, „daß er allen Gesetzen des Staates auf seinem Gebiete treuen Gehorsam leisten wolle, wie er es bisher stets getan habe“, hätte man sich begnügen können, „statt ihn zu einer Antwort drängen zu wollen, welche auch alle möglichen Streitfragen der Zukunft im Interesse des Staates beantworten sollte“.

Ausschreitungen in Bayern in der Presse, in Versammlungen und hie und da auch auf der Kanzel verurteilte Strosser entschieden; aber das gäbe der preussischen Gesetzgebung kein Recht, gegen die evangelische und katholische Kirche in Preußen einzuschreiten. Tatsachen gegenüber hätte man mit der bestehenden Gesetzgebung völlig auskommen können, „man hätte damit unserer Bevölkerung im Lande Friede und Ruhe erhalten, das freundschaftliche Zusammenleben der beiden großen Konfessionsgemeinschaften im preussischen Staate, wie es zu unserem Glück und zu unserer Freude eine Reihe von Jahren bestanden hat, auch für die Zukunft befördert und damit gewiß dem Deutschen Reiche die meisten Sympathien erworben“.

Besser als die von der Regierung empfohlenen Zusätze zu § 15 und 18 sei noch die Aufhebung der ganzen Paragraphen; dann wisse man wenigstens, woran man sei, und es würde nicht auf der einen Seite gegeben, auf der anderen Seite genommen. Man sei in einen Zustand hineingekommen, der viel schlimmer werden muß „in der Beaufsichtigung, Kontrolle und Leitung der Kirche durch den Staat, als es vor 1848 der Fall war“. Auf allen Gebieten des Lebens, sozialen und politischen Fragen seien Hindernisse hinweggeräumt, „die der Freiheit der Einzelnen und der Korporationen irgendwie im Wege

standen, — eine gewaltige Mauer staatlicher Herrschaft bauen Sie mit diesen Gesetzen rings um die Kirche her auf, nachdem Sie fast alle übrigen Schranken im Lande eingerissen haben“. Den Sozialisten gegenüber könnten solche Zwangsgesetze am Platze sein, „der Kirche gegenüber wären sie nicht notwendig“.

Auch bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen griff Stroffer neben Reichensperger, der zuerst gegen die Vorlage gesprochen hatte, in die Verhandlung ein. Er legte Verwahrung ein gegen die Vorwürfe, die Bismarck im Herrenhause gegen die konservative Partei und gegen die Mitglieder der evangelischen Kirche erhoben hatte, weil sie sich an die Seite des Zentrums gestellt hatten. Er wies hin auf die Verdienste der Konservativen um die Regierung in der Konfliktzeit und daß sie auch noch 1866 unter großen Opfern ihrer persönlichen Überzeugung die Regierung gestützt hätten, „wo die Gesetzgebung sich nach jener Seite (links) mit ihrem Schwerpunkt hinwandte“ und die Regierung „fortwährend auf jener Seite (links) ihre Stützpunkte suchte und mit verhältnismäßig geringer Rücksichtnahme uns gegenüber sich verhielt . . . Wir sind aus dieser Position erst herausgetreten, als ein Teil der sozialen Gesetzgebung nach nationalliberalen Gesichtspunkten bereits vollendet war und seine Wirkungen zeigte, und als die kgl. Staatsregierung nun auch das Kirchengebiet von demselben liberalen Gesichtspunkte aus in Angriff nahm. Wir hätten alles opfern müssen, was wir überhaupt noch als Partei und Prinzipien für uns haben, wenn wir auch da der kgl. Staatsregierung gefolgt wären . . . Ein Partei, die nicht mehr Nein sagen kann, wo allen ihren Prinzipien entgegengetreten wird, tut besser, sie verschwindet vom Schauplatz der Geschichte, als daß sie den Staat und dieses Haus noch belästigt“.

Bismarck hatte erklärt, daß die Regierung sich darin getäuscht habe, „daß die konservative Partei mit Vertrauen auf sie blickt“, und er fügte hinzu: „Das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist sie zerstört, kommt sie so bald nicht wieder“. Stroffer bedauert, daß ein solches Wort gefallen sei und den Konservativen dadurch „das Vertrauen

für eine lange Zukunft entzogen“ sei. Er gibt aber der Regierung zu bedenken, „ob nicht mit dieser Gesetzgebung das Vertrauen bei Millionen katholischer und evangelischer Christen zur Staatsregierung geschädigt wird und ob es nicht schwer sein wird, daß es sich wiederfinde“.

Bismarck hatte damals im Herrenhause ausgeführt, es handle sich um den uralten Wahlstreit zwischen Königtum und Priestertum; hatte auf den Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum und auf Kanossa hingewiesen. Mit gutem historischen Verständnis erwidert ihm Stroffer darauf, daß eine solche Parallele nicht zutreffend sei. Das Verhältnis von Kaisertum und Papsttum ist ein ganz anderes geworden. Damals der Papst überragend an Macht, ein großer Teil Deutschlands beherrscht von Erzbischöfen und Bischöfen, Bann und Interdikt noch mächtige Waffen selbst gegen Fürsten; der Kaiser dagegen angewiesen auf den guten Willen der Vasallen und Reichsstände und schlecht bei Kasse. Heute: der Papst seines Länderbesitzes beraubt, Interdikt und Bann ohne politische Wirkung; das Kaisertum dagegen in der größten Machtfülle ausgestattet mit einer großen Armee, mit Polizei und Strafgesetzgebung — Da gab es einen solchen Kampf zwischen Staat und Kirche wie im Mittelalter nicht mehr; etwaige Differenzen ließen sich leicht mit der bestehenden Gesetzgebung zum Austrag bringen.

Nachdem er diesen Popanz mit dem historischen Aufpuß abgetan hatte, wandte sich Stroffer auch gegen den Ministerpräsidenten Noon, der im Herrenhause ausgeführt hatte, die Gesetze seien nur rein politischer Natur, kirchliche Momente hätten damit nichts zu tun. Er legt dar, daß fast alle theologischen Blätter Deutschlands diese Gesetze verurteilt hätten, „diejenigen Männer also, die sich ununterbrochen damit beschäftigen, Kirchengeschichte und Kirchenrecht zu studieren von der ältesten Zeit bis in die Gegenwart hinein, die haben in diesen Blättern sich fast durchweg gegen diese Gesetze erklärt“, „Zahlreiche Versammlungen und Petitionen aus sehr gewichtigen Kreisen der evangelischen Kirche heraus haben ihre Stimme erhoben und dringend gebeten, das Land und die Kirche mit diesen Gesetzen zu verschonen.“ Er bedauerte, daß die Provinzialsynode Westfalens nicht gehört worden sei,

die die Bitte ausgesprochen habe, auch ihrerseits gehört zu werden. Dem Ministerpräsidenten ständen somit doch auf diesem Gebiete auch andere Autoritäten gegenüber; er übersehe offenbar, wie tief diese Gesetze in das Leben der Kirche einschneiden und sie auf allen ihren Lebensgebieten einengen.

Aber selbst wenn es richtig wäre, daß die evangelische Kirche durch die Gesetze nicht geschädigt werde, sondern nur die katholische, was doch notorisch geschehe, dann müßte er sich als Abgeordneter, „der hier nicht die Dinge nach dogmatischem, sondern nach rechtlichen Rücksichten zu entscheiden hat, dennoch ganz entschieden gegen diese Gesetze erklären. Wenn die Abgeordneten verpflichtet seien „das Recht des einfachsten Tagelöhners auch der Staatsregierung gegenüber zu vertreten — wie viel mehr das Recht einer so großen Korporation, wie es die katholische Kirche ist“!

Wenn jemand über die Bedeutung dieser Gesetze noch im Unklaren gewesen wäre, so müßten ihm die Augen aufgegangen sein durch „die entschiedene Parteinahme für die Gesetze von allen Fraktionen der Linken des Hauses“. Die Fortschrittspartei hatte durch ihre Hauptredner sogar wiederholt erklären lassen, daß sie diese Gesetze „nur erst als Etappe, als eine Abschlagszahlung“ betrachte, das müsse jeden konservativen Beurteiler bedenklich machen; für ihn sei das ein durchschlagender Gesichtspunkt.

Die konservative Presse der Minden-Ravensberger Lande unterstreicht die Gründe, die dieser westfälische Abgeordnete und andere Konservativen gegen die Regierungsvorlage vorbrachten. Sie versagt den Rednern des Zentrums¹⁾ ihre Anerkennung nicht und beklagt die verhängnisvolle Geistesrichtung des Liberalismus.

¹⁾ Monatsblatt Jahrg. 1873, S. 86: „Man muß es dieser Partei lassen, daß sie immer am Plage ist, wenn es sich um die Kirche handelt. Sie schickte ihre besten Redner auf die Tribüne, Windthorst, Mallinckrodt, Reichensperger, Männer von großem Scharfsinn und des Wortes mächtig, gewiegte Juristen, und mit oft schneidender Schärfe griffen sie die neuen Gesetze an und schneidend griffen sie die Liberalen an darüber, daß dieselben ihrer Vergangenheit ins Angesicht schlugen, indem sie dem Minister behilflich wären, der verbrieften Freiheit das Grab zu graben.“

Die ganz in konservativer Anschauung gehaltene „Weltumschau“ des ev. Monatsblattes für Westfalen, das auf dem Lande viel gelesen wurde und viel zur Verbreitung konservativer Gesinnung beigetragen hat, verurteilt bei jeder Gelegenheit den Geist der neuen Gesetze, der darauf ausgehe, die letzten Bande, die das Volk noch an die Kirche binden, zu zerreißen“. Als Fall diese Gesetze einbrachte, da war, nach den Worten der „Weltumschau“ „das Land einen Augenblick stumm vor Staunen; denn niemand hatte derartiges erwartet. Dann als die erste Überraschung sich gelegt hatte, brachen die liberalen Parteien mit wenigen Ausnahmen in lauten Jubel aus, die Katholiken aber und im allgemeinen auch die kirchlich gesinnten Evangelischen wurden von Zorn und Schmerz ergriffen.“

Die Rede des Ministers Fall zur Rechtfertigung der Gesetze wird im Monatsblatt abfällig beurteilt; vergebens suche man darin „eine wirkliche tiefe, geistige Auffassung der Dinge“. „Wahre Staatsmänner dürfen nicht von der augenblicklichen Tagesmeinung gehalten und unter ihrem Banne stehen, sondern müssen einen weiten Blick haben und die inneren geistigen Kräfte und treibenden Mächte der Dinge erkennen und diese nach ihrem Wesen behandeln. Wie kann man glauben, die Kirche durch Polizeimaßregeln und durch Strafgesetze und die Macht des Staates zu beugen, daß sie seinen Wegen folgen muß? Das ist unmöglich¹⁾“. Der Minister wird vor allem getadelt, daß er in einer solchen Frage die kirchlichen Behörden vorher gar nicht unterrichtet hatte. Nicht einmal der evangelische Oberkirchenrat war vorher in Kenntnis gesetzt worden.

Mit bitterer Resignation werden die vergeblichen Gegenbemühungen aufgezählt: daß der evangelische Oberkirchenrat Vorstellungen gegen die Gesetzentwürfe erhoben habe, daß der Ausschuß der lutherischen Landessynode eine Eingabe direkt an den Kaiser gerichtet, daß der Bischof Martin von Paderborn erklärt habe, er würde unter keinen Umständen zur Unterstützung der neuen Gesetze jemals seine Hand bieten, daß der gesamte Episkopat eine Denkschrift dem Staatsministerium eingereicht

¹⁾ Jahrg. 1873, S. 89.

habe, die sich auf das entschiedenste gegen die Neuerungen ausspricht, und daß nach der schließlichen Verkündung der Gesetze alle preussischen Bischöfe dem Ministerium die Erklärung abgegeben haben, daß sie nicht imstande seien zum Vollzug dieser Gesetze mitzuwirken. Wenn der Berichterstatter, der ein evangelischer Pastor war, natürlich auch nicht mit allem, was die katholischen Bischöfe sagten, übereinstimmt, so folgert er doch: „Aber man muß auch gegen sie gerecht sein und darum sagen, daß in dieser Denkschrift viel Wahres und Unwiderlegliches in einer würdigen Sprache gesagt ist“¹⁾.

Mit anerkennenden Worten schildert das Monatsblatt den letzten verzweifeltsten Kampf der katholischen Abgeordneten vor der Abstimmung, „die immer wieder zur Tribüne eilten, um ihren Widerspruch mit schneidenden Worten zu erheben“. „Vergebens. Es war ein hoffnungsloser Kampf. Auch wenn man nicht mit diesen Gegnern der Gesetze übereinstimmt, muß man doch ihren unermüdblichen Eifer und ihre Treue im Kampfe anerkennen. Ein in Treue geführter aber hoffnungsloser Kampf hat für ein edles Gemüt immer etwas rührendes und bewegliches. Es gleichen jene Männer einem Schwimmer, der durch die Brandung hindurch das Ufer erreichen will; man sieht, wie er gegen die schäumenden Wogen arbeitet, immer wieder wird er zurückgeworfen, aber immer von neuem beginnt er den Kampf, bis die Brandung über ihn zusammenschlägt und ihn verschlingt“²⁾.

Immer wieder klingt aus der Erwähnung der einzelnen Streitfälle der Folgezeit die ernste Frage des Berichterstatters uns entgegen: wie soll das enden? Er bedauert die Verwirrung und den argen Druck, der sich schon Ende 1873 in den katholischen Gemeinden durch die Art der Handhabung der Strafmaßnahmen fühlbar machte. „Die bloße Gewalt und äußerliche Maßregeln, selbst wenn durch sie Rom gebrochen werden sollte, würden doch keinen für die Völker heilsamen Sieg geben, denn er könnte nicht ohne die Hilfe solcher Mächte erfochten werden, welche nicht allein der römischen Kirche, sondern der Kirche überhaupt

¹⁾ a. a. D. S. 90.

²⁾ a. a. D. S. 150.

feindlich sind. Es würde also der siegende Staat seine Fahne auf den Trümmern der Kirchen aufpflanzen, und es ist ein Unglück für die Völker, wenn in ihrer Mitte die Kirche in Trümmern liegt¹⁾. Und ähnlich heißt es an einer anderen Stelle des Monatsblatts im Dezember 1873: „Das Bedenkliche bei diesem Kampfe ist, daß die Regierung die große unkirchlich gesinnte Masse zu ihrem Bundesgenossen hat²⁾.“

Daß sich die Konservativen gleich zu Beginn des Kulturkampfes an die Seite des Zentrums gestellt haben, das hat ihnen selbst den größten Schaden gebracht. Die Wogen des Liberalismus gingen jetzt zur Springflut in die Höhe und drohten alles, was nicht liberal war, zu verschlingen. Schon 1866 waren die Freikonservativen von den altkonservativen Grundsätzen abgefallen und auf eine Verbindungsbrücke zum Liberalismus hinüber getreten. Jetzt 1873 splitterten noch die Neukonservativen ab und gingen zu Bismarck über. Bei den Wahlen waren die Liberalen an vielen Stellen erfolgreich in den alten Besitzstand der Konservativen eingedrungen. Und auch in den westfälischen Wahlkreisen ist damals, 1873 bei den Landtagswahlen und 1874 bei den Reichstagswahlen, der konservative Kandidat überall unterlegen. Der Liberalismus hatte einen vollen Sieg errungen; die Führung übernahmen die Nationalliberalen.

Ein Regierungsblatt beklagte es, daß so wenig Konservative gewählt worden waren. Aber mit Recht gab man aus der konservativen Hochburg in Westfalen die Antwort: „Wie kann man sich wundern, daß solche Abgeordnete nicht gewählt werden, wenn nicht allein zahllose liberale Zeitungen täglich mit Verdächtigung und Spott über die christlich und konservativ Gesinnten herfallen, sondern auch die zahllosen Beamten und unselbständigen Leute aus den Regierungsblättern entnehmen, daß die Wahl solcher Männer oben nicht gewünscht wird³⁾.“

Dem Druck der Regierung sind offenbar damals viele Beamte in abhängiger Stellung gewichen und ins nationalliberale Lager hinübergewechselt. Maßregelungen

¹⁾ a. a. D. S. 346. ²⁾ S. 378.

³⁾ Monatsblatt 1873, S. 374.

trafen ja nicht nur katholische, sondern auch konservative Beamte. Und die liberalen Zeitungen hezten Staatsanwalt und Polizei auf, wenn einmal ein Regierungspräsident oder ein Landrat die neuen Kampfgesetze mild handhabte. „Wie haben sich die Zeiten geändert“ schreibt¹⁾ im Dezember 1874 das Monatsblatt, „dieselben liberalen Stimmen, die früher nicht genug gegen Polizeimaßregeln eifern konnten, treiben jetzt dazu an.“ „Der Liberalismus verfährt sehr tyrannisch; was nicht mit ihm stimmt, das kommt übel weg. Behält er noch lange Oberwasser, dann kann man der Freiheit Valet sagen.“

Man glaubte allgemein, daß auch Stroffer, der eine so scharfe Klinge gegen die Regierung geführt hatte, gemäßregelt würde. Aber Bismarck verzichtete darauf mit dem Bemerkten: „Laßt den westfälischen Heißsporn²⁾.“ Er war jedoch 1872 als Strafanstaltsdirektor von Herford nach Münster versetzt und so aus der unmittelbaren Verbindung mit seinem Wahlkreis herausgehoben worden.

In diesen Jahren, in denen Westfalen von 1874—1876 keine konservative Vertretung im Reichstag und von 1873—1879 keine im Landtag gehabt hat, war es allein der konservativen Presse vorbehalten, öffentlich zu den religiös-kulturellen Fragen Stellung zu nehmen³⁾. Das ev. Monatsblatt für Westfalen läßt an entschiedenem Eintreten für die konservative Anschauung nichts zu wünschen übrig. Es kämpft für das christliche Staatsprinzip gegen das heidnische, für geschichtliches Herkommen und Recht gegen Revolution und Rechtlosigkeit, für kirchliche Freiheit gegen Gewalttat und Übergriffe der Machthaber.

Das Jahr 1874 zeigte bereits in erschreckender Deutlichkeit die furchtbaren Wirkungen der Kampfgesetze. Die Zeitungen, schreibt das Monatsblatt, sind „angefüllt mit Nachrichten über Bestrafungen, Ausweisungen, Gefängnis — das wechselt ab . . . Die meisten Zeitungen schüren mehr das Feuer, als daß sie es dämpfen. Die unchristlichen

¹⁾ Monatsblatt 1874, S. 350.

²⁾ Stroffer, Strafanstaltsdirektor Karl Stroffer. 33. Jahresbericht des histor. Vereins f. d. Grafschaft Ravensberg. Bielefeld 1919, S. 67. Auch E. Hoener a. a. O. S. 30.

³⁾ Leider ist es mir nicht gelungen, den konservativen Volksfreund für diese Jahre aufzutreiben.

Blätter aber greifen nicht nur die römische Kirche an, sondern auch die evangelische. Wer nicht mit dem Strome schwimmt, der wird für einen Reichsfeind ausgeschrien. Selbständige Gesinnung wird seltener, und dieselben Leute, welche früher laut verkündeten, daß man jede aufrichtige Meinung ehren müsse, die verletzern jeden, der nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Wer die Tagesblätter liest und das Getriebe in der Welt einigermaßen kennt, der kann oft eines Stels sich nicht erwehren¹⁾. Monat für Monat kehren die Klagen über solche unhaltbaren Zustände wieder. „Einem Vaterlandsfreund muß das Herz bluten, wenn er sieht, wie das Volk zerrissen ist, wie Kirche und Staat sich feindlich gegenüberstehen, Obrigkeit und Untertanen das rechte Verhältnis zu einander verloren haben“²⁾. Und an anderer Stelle: „Man liest das meist gleichgiltig hin und bedenkt nicht, wie viel Gemütsbewegungen, wie viel Schmerz, Leid und Zorn dahintersteckt“³⁾.

Gleich zu Beginn des Jahres hatte Mallinckrodt im Landtag den Antrag gestellt, daß die Maigesetze wieder aufgehoben würden⁴⁾, aber der Minister Falk hatte erklärt, daß im Gegenteil die Gesetze noch verschärft werden müßten. Und gleich darauf legte er auch schon einen Gesetzentwurf über Einführung der Zivilehe vor. Es ist eine Einrichtung, die von Frankreich ausgegangen ist; die französische Revolution hatte sie zuerst zum Gesetz erhoben. Deshalb hat der Abgeordnete v. Gerlach auch dagegen eingewandt, „sie sei französischer Art, wie jetzt so viele unserer Gesetze französisch würden“. „Jede gesunde Gesetzgebung sollte ausgehen von der Achtung für bestehendes Recht, dessen Mängel man bessern müsse aber mit zarter Hand.“

Diesen konservativen Gedanken macht sich auch das westfälische Monatsblatt zu eigen⁵⁾. „Das Recht, in welchem ein Volk lebt, muß erwachsen wie die Rinde des Baumes; jetzt aber wirft man nur zu leicht den ganzen alten Rechtsbestand über den Haufen und macht nach abstrakten Theorien Gesetze, die deshalb auch bald als unbrauchbar sich

¹⁾ Monatsblatt 1874, S. 317. ²⁾ Ebenda S. 286. ³⁾ Ebenda S. 379.

⁴⁾ Wegen Erkrankung Mallinckrodts wurde er dann vorläufig zurückgestellt. Kießling, Geschichte des Kulturkampfes, Bd. 2, S. 365.

⁵⁾ Monatsblatt 1874, S. 55.

erweisen und geändert werden müssen“. Das ist eine Kritik am System. Das westfälische Blatt spricht damit den ganzen kirchenpolitischen Gesetzen das Urtheil.

Die Vorlage Falts über die Zivilehe hatte einen recht üblen Paragraphen (6), wonach auch Geistliche zu Zivilstandesbeamten bestimmt werden konnten. Das Monatsblatt weist auf die Gewissenskonflikte hin, die durch eine solche Bestimmung entstehen müßten. Die Geistlichen wären ja dann gezwungen, bei Juden und Christen, sowie Geschiedenen zur Verheiratung Handreichung zu leisten, wogegen sie auf der Kanzel predigen müßten. Dieser Paragraph ist dann auch im Herrenhause gefallen hauptsächlich infolge der eindringlichen Vorstellungen der konservativen Mitglieder, des Ministerpräsidenten a. D. von Manteuffel und des Oberpräsidenten a. D. v. Kleist-Regow. Der Berichterstatter im Monatsblatt schildert den heiligen Ernst und die tiefe Liebe zum Volke, die aus den Worten des Letzteren hervorklang. Es habe einen wehmütigen Eindruck gemacht, „daß solche Stimmen fast unverstanden verhallen unter dem lauten Rauschen des Zeitgeistes“. „Man mag mit ihnen übereinstimmen oder nicht, man sollte ihre Selbständigkeit, ihren Mut und ihre Treue ehren. Mit Ehren sangen sie den Schwanengesang der christlich konservativen Partei“¹⁾.

Die Stellungnahme von Kleist-Regows ist in diesem Zusammenhang besonders zu erwähnen, weil er bei den Wahlen 1873 der durchgefallene Kandidat der Minden-Ravensberger Konservativen gewesen war²⁾. Trotz dieses Mißerfolgs war er 1874 abermals im Wahlkreis Herford-Halle aufgestellt worden, aber wiederum ohne Erfolg. Gerade seine zähe Gegnerschaft gegen den Kulturkampf hatte die Aufmerksamkeit der konservativen Minden-Ravensberger auf ihn gelenkt. Ein Brief, den er kurz nach diesem zweiten Wahlergebnis an Pastor Schmalenbach, der für ihn die Werbearbeit geleitet hatte, schrieb, zeigt uns seine grundsätzliche Abneigung gegen die neuen Regierungsvorlagen. Er schreibt da³⁾: „Die jetzige Gesetzgebung ist es, welche einen Unfrieden in unser einheitliches

¹⁾ Ebenda S. 119.

²⁾ E. Hoener a. a. D. S. 31 f.

³⁾ Abgedruckt bei E. Hoener a. a. D. S. 33 f.

Deutsches Reich wirft, wie er seit der Verfolgung der Lutherischen in Schlesien und Pommern in den 30er Jahren, welche dann 30000 derselben über das Meer trieb, um ein neues Vaterland in Amerika zu suchen, bei uns nicht bekannt gewesen ist, — welche durch ihre Richtung gegen die evangelische Kirche und Geistlichkeit so gut wie gegen die katholische einen Geist der Unduldsamkeit und Feindschaft gegen alles entschiedene Christentum hervorruft, ähnlich wie er im Anfang des Jahres 1848 sich geltend machte, — welche durch Einführung der Zivilehe und durch Aufhebung der obervormundschaftlichen Sorge des Staates für die Kindertaufe ein heidnisches Geschlecht unter uns aufwachsen lassen, eine Zerreißung der Nation in zwei Teile, Christen und Heiden, bewirken wird, zwischen welchen eine weit unüberbrückbarere Kluft besteht als zwischen Evangelischen und Katholiken.“

Der Mann, der in zündender Rede eintrat für die christliche und sittliche Grundlage des Staates, dem die Religion eine heilige, unantastbare Gewissenssache war, sollte auch berufen sein, die ins Minden-Ravensberger Gebiet 1873/74 eingedrungene liberale Überschwemmung wieder zurückzudämmen. Bei der nächsten Wahl siegte er über den liberalen Gegner und hat seitdem in 6 aufeinanderfolgenden Legislaturperioden den westfälischen Wahlkreis Halle-Herford im Reichstage vertreten.

Die Verschärfung, die Falk für die Maigesetze angekündigt hatte, war ein Gesetz, wonach abgesetzte oder nicht im Einklang mit den Maigesetzen angestellte Geistliche durch die Polizei aus ihrem Wohnort ausgewiesen und selbst aus dem Reiche vertrieben werden konnten. So trieb der Kampf gegen die Kirche den Staat zu immer schärferen Konsequenzen. Der Verfasser der Weltumschau im Monatsblatt nennt dieses Verbannungsgesetz ein hartes Gesetz, „und derartige Gesetze hielt man in der neuen Zeit nicht mehr für möglich und für immer abgetan“¹⁾. Wenn er aber glaubte, die Liberalen „würden bei diesen Gesetzen stutzig werden und nicht weiter mit der Regierung gehen“, so sah er sich arg getäuscht.

¹⁾ Monatsblatt 1874, S. 185.

Ja es folgte unmittelbar hinterher ein die Lage noch weiter verschärfendes kirchenpolitisches Gesetz, das die Liberalen unter Verleugnung der Grundsätze des Liberalismus ebenfalls schluckten. Es ordnete an, daß wenn ein Bischof wegen Verstoß gegen die Maigesetze von dem neuerrichteten Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten abgesetzt sei und das Domkapitel nicht innerhalb 10 Tage einen Bischofsverweser wähle, der Minister dann einen solchen ernenne, der das Kirchengut zu verwalten habe. Und analog solle, wenn eine Pfarre erledigt sei und der Patron der Pfarre sie nicht auf Aufforderung der Regierung neu besetze, der Landrat oder der Amtmann, wenn 10 Gemeindeglieder es beantragten, eine Versammlung einberufen. Und wenn auch nur 5 erschienen seien, so sollten sie den neuen Geistlichen wählen.

Mit Recht schreibt das Monatsblatt¹⁾, daß dieses Gesetz die Ordnung und Lehre der römischen Kirche verletze. Man merke gerade diesem Gesetze an, daß Krieg ist. Es schneide tief in das Wesen der römischen Kirche ein und daher spüre man auch aus den katholischen Blättern, daß es große Erbitterung hervorgerufen habe. Und wieder müssen sich die Liberalen von diesem westfälischen konservativen Blatt eine peinliche Kritik gefallen lassen wegen der eigentümlichen Zahl Zehn. „Warum bleibt denn der Liberalismus nicht bei seinem Prinzip der Majorität? Die Majorität ist ja sonst immer sein Steckenpferd, und nun haben in Gemeinden von 1000, 2000, 3000 Seelen zehn majorenne Leute die Entscheidung in der Hand!“ Gegen dieses Gesetz könne man die ernstesten Bedenken geltend machen und doch sei es nicht nur angenommen, sondern sogar noch verschärft worden. Es war nämlich noch hinzugefügt worden, daß auch, wenn der Bischof noch im Amte war, aber Geistliche nicht nach den Maigesetzen anstellen will, oder wenn gegen Geistliche wegen ungesetzlicher Amtshandlungen Strafen verhängt sind, die Gemeinden selbständig Pfarrer bestellen können.

Derselbe westfälische konservative Publizist bedauert wiederholt den „traurigen und unhaltbaren Kampf“. Er spalte das Volk, und alle kirchenfeindlichen Geister seien

¹⁾ Jahrg. 1874, S. 216 ff.

losgelassen, die täglich ihr Gift ausströmen ließen. Deutschland sei „bis in die tiefsten Gründe zerfallen“, denn es liege auf der Hand, daß der katholische Volksteil in höchstem Maße gereizt und erbittert sei. Denjenigen, die beim Erlaß der Kirchengesetze ihre warnende Stimme erhoben hätten, habe man geantwortet, der Friede zwischen Staat und Kirche würde kommen, wenn die Gesetze erst da wären. Arge Enttäuschung! Das Gegenteil sei eingetreten. Man sollte jetzt zugeben, „daß die Bedenken, welche christliche evangelische Männer gegen die neuen Gesetze hatten, doch nicht ganz ohne Grund waren“¹⁾. Aber damals sei man von allen Seiten über sie hergefallen und habe sie beschimpft als Reichsfeinde. Auch darin habe man sich verrechnet, daß man geglaubt habe, das katholische Volk würde seine Bischöfe im Stiche lassen. „Der Staat hat einen Kampf aufgenommen mit einer geistigen Macht, die schwerlich allein durch Strafgesetze besiegt werden wird“²⁾. Dagegen verfehlt unser Kritiker nicht, dem Hirtenbriefe der Bischöfe vom Februar 1874 seine Anerkennung ausgesprochen³⁾. Er habe großes Aufsehen erregt und sei mit großem Geschick abgefaßt; manches darin sei „nach Form und Inhalt ausgezeichnet“.

Das bemerkenswerteste Ereignis des Jahres 1875 war das Eingreifen des Papstes in den Kirchenstreit. In einem Rundschreiben an die preussischen Bischöfe vom 8. Februar erklärte er die neuen Kirchengesetze für ungültig, „da sie den göttlichen Einrichtungen der Kirche ganz und gar widerstreiten“. Es ist einleuchtend, daß eine solche Stellungnahme des Papstes von Katholiken und Protestanten nicht gleichmäÙig beurteilt wurde. Die Katholiken sahen darin eine willkommene Hilfe und Anerkennung ihrer bisherigen Haltung, die Protestanten

¹⁾ Ebenda S. 28. Diejenigen, die „jubelnd und leichten Herzens“ die Gesetze begrüßten, haben sich gründlich getäuscht. „Vielleicht findet man jetzt, daß die Männer, welche die neuen Gesetze . . . mit mancherlei Bedenken ansehen, es doch nicht verdient haben, daß man sie so schmätzt, wie es geschehen ist. S. 124, auch S. 153.

²⁾ Ebenda S. 57 der Schreiber, ein evangelischer Geistlicher, vertritt natürlich seinen kirchlichen Standpunkt, daß die katholische Kirche nur durch die evangelische Kirche überwunden werden kann. So S. 28.

³⁾ Ebenda S. 123 ff.

befürchteten einen Machtanspruch des Papsttums gegenüber dem Staat und lehnten daher diese Einmischung als eine Annäherung ab. Das taten auch einige evangelische Konservative¹⁾, die sonst an der Seite der Katholiken gegen den Liberalismus kämpften. Aber das evangelische Monatsblatt für Westfalen warnt davor, sich mit solchen zu eng zu verbinden, die „den Kampf gegen Rom als einen Kampf gegen das Christentum überhaupt mißbrauchen“²⁾.

Die Antwort der Regierung auf die päpstliche Erklärung war die Einbringung einer Gesetzesvorlage mit dem Titel: „Über die Einstellung der Staatsleistungen an die katholische Kirche“, das sog. Sperrgesetz. Es sollten alle Zahlungen an die Bischöfe und Geistlichen solange eingestellt werden, bis sie die Kirchengesetze anerkennen wollten. Das Monatsblatt schreibt resigniert, es sei „Kriegszustand und der Krieg hat seine ihm eigentümlichen Gesetze“. Die Regierung verspreche sich offenbar nur geringen Erfolg, wie aus einer Bemerkung Bismarcks hervorgehe. „Die Lage der katholischen Geistlichen ist wirklich beklagenswert.“ Folgten sie dem Staate, so verfielen sie der Strafe der Kirche, folgten sie der Kirche, so verfielen sie der Strafe des Staates. „Es ist wohlgeraten, das im Auge zu behalten, um nicht ungerecht gegen sie zu werden“³⁾. Man sieht, das Blatt wählt einen Standpunkt objektiver Gerechtigkeit, wie er von seinen konservativen Lesern erwartet wurde.

Daselbe westfälische Blatt billigt auch die Eingabe, die am 3. August 1875 die deutschen Bischöfe aus Fulda direkt an den Kaiser gerichtet haben, er möge dem Gesetze über die Einstellung der Staatsleistungen die Vollziehung versagen. „Der Grundsatz, den sie in der Eingabe aussprechen, daß Christen sich nicht zur unbedingten Befolgung der Staatsgesetze verpflichten können, ist richtig. Es ist geschehen und kann geschehen, daß der Staat Gesetze gibt,

¹⁾ Der Graf Stolberg und der Frh. v. Matsahn im Herrenhaus am 14. April 1875. Im Gegensatz zu ihnen haben sich aber in derselben Sitzung die Konservativen Graf Lippe und der für Westfalen interessierte v. Kleist-Rehnow gegen das Sperrgesetz ausgesprochen.

²⁾ Monatsblatt Jahrg. 1875 S. 126.

³⁾ Ebenda S. 152.

die der Christ nicht befolgen kann. Der Staat sollte auch nicht eine solche unbedingte Erklärung verlangen; mindestens muß jedem zugestanden werden, daß es einen Punkt geben kann, an dem er Gott mehr gehorcht als den Menschen.“

Damals wetterleuchtete am Horizont auch die Gefahr für die konfessionelle Schule. Auf eine Anfrage des bei den Konservativen Westfalens besonders geschätzten Herrn von Kleist-Nezow antwortete zwar der Minister Falk, daß er sich grundsätzlich nie für die Simultanschule ausgesprochen habe. Aber aus seiner Rede gewann man nicht die Zuversicht, daß er einem starken liberalen Vorstoß Stand halten werde. Unser Monatsblatt tritt bei jeder Gelegenheit für die konservative Forderung der konfessionellen Schule ein. Es schreibt hier: „Will das christliche Volk seine Schulen wie bisher behalten, so muß es Männer wählen, welche für Konfessionsschulen sind. Das deutsche Volk hat schon sehr viel verloren von seinen alten Ordnungen und Weisen; jetzt droht auch durch den unchristlichen Zeitgeist seiner christlichen Schule, für die es jährlich große Opfer bringt, Gefahr. Möchten darum alle christlich gesinnten Männer durch die richtigen Wahlen dafür sorgen, daß nicht auch das wertvolle Gut der christlichen Schule ihm genommen wird¹⁾.“

Es spricht daraus der Kummer des konservativen Westfalen darüber, daß in der letzten Wahl die Zahl der Konservativen so zurückgegangen war. Sein Urteil über den am 30. Juni 1876 geschlossenen Landtag ist völlig ablehnend: „Viele liberale Gesetze haben sich als unpraktisch erwiesen, die großen Verheißungen sind nicht in Erfüllung gegangen; während der liberalen Herrschaft sind die ungeheuersten Schwindeleien geschehen, die Sozialdemokratie ist gewachsen, Handel und Gewerbe liegen darnieder, die Verwilderung hat zugenommen, es geht ein Gefühl durch große Kreise des Volkes „so geht es nicht weiter, da hat man also wenig Ursache zum Rühmen“. Und wieder schließt der besorgte Schreiber mit einem Appell an die Wähler, ins nächste Abgeordnetenhaus nur solche Männer zu schicken, die „recht deutsch und christlich denken und fühlen“. „Christliche, deutsche, verständige

¹⁾ Monatsblatt, Jahrg. 1876, S. 248.

und feste Männer müssen es sein“; damit will er offenbar sagen, daß sie auch Rückgrat genug haben müssen, einer liberal beeinflussten Regierung entgegenzutreten.

Im Juli 1876 bildete sich die „Deutsche Konservative Partei“. Das Monatsblatt bedauert, daß nicht alle Deutsche sich zu den Hauptpunkten des Aufrufs bekennen; es sollte nicht bloß eine Partei sein, es müßten sich alle Deutschen anschließen. Die Redaktion des Monatsblattes macht sich das Programm der reorganisierten Partei zu eigen und bringt es zur Kenntnis. Es muß darauf hingewiesen werden, daß Sätze darin stehen, die für die konservative Anschauung recht charakteristisch sind. Da heißt es:

„Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Kulturkampf vom Liberalismus zum Kampfe gegen das Christentum ausgebeutet wird, als ein Unglück für Reich und Volk und sind bereit, zu dessen Beendigung mitzuwirken.“ Naturgemäß gesteht das Programm dem Staate zu, sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen und Übergriffe zurückzuweisen. „Andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne sind wir zu einer Revision der im Laufe des Kampfes erlassenen Gesetze bereit.“

Die Neukonservativen, die bisher dem Winke Bismarcks gefolgt waren, traten diesem Programm bei und vollzogen dadurch ihre Wiedervereinigung mit den Altkonservativen. Dem schärferen Beobachter entgehen jedoch in der Folgezeit nicht die Spuren dieser verschiedenen Herkunft. Die Reden derer, die vom Neukonservatismus herkamen, klingen doch etwas anders als die der unbeirrten Altkonservativen.

Die Neuwahlen zum Reichstag zu Beginn des Jahres 1877 brachten denn auch ein erstes Zurückdrängen der Nationalliberalen von 152 (1874) auf 127 (1877) und einen Gewinn für die Konservativen. In Minden-Ravensberg kamen in allen drei Wahlkreisen die konservativen Kandidaten durch: in Minden-Lübbecke v. Rahsius-Ludom, in Herford-Halle v. Kleist-Regow, in Bielefeld-Baderborn Geh. Justizrat Marcard. Der Wahlkampf war von Seiten der Konservativen durchaus sachlich geführt worden, von der liberalen Gegenseite dagegen war mit häßlichen persönlichen Angriffen nicht gespart worden.

Aber es zeigte sich doch allmählich, daß diejenigen, die am Kulturkampf ihre Freude hatten, immer weniger wurden. Es brach mehr und mehr das Gefühl durch, daß es „eine traurige Sache um die Zerrissenheit eines Volkes ist“¹⁾. Im Landtage haben die Abgeordneten Dauzenberger und Schorlemer-Alst bittere Klagen über die Folgen des Kulturkampfes geführt. Unser westfälischer Berichterstatter entwirft darüber ein beachtungswertes Stimmungsbild²⁾: „Man fühlte diesen Reden die Erregung an; scharf und schrill hallten sie durch die Räume der Volksvertreter; sie waren bitter und quollen aus der Tiefe eines bis auf den Grund verletzten Herzens. Die Luft war heiß in dem hohen Hause.“ Und dann erhob sich der Abg. Cremer, „der zu den mildesten Männern der katholischen Partei gehört“. „Es wurde still im Hause, als er in schmerzlichen Worten über die Härte klagte, mit der die Katholiken behandelt würden . . . Als er dann sagte, es bleibe schließlich den Katholiken nichts übrig, als von ihrem Glauben abzufallen oder auszuwandern, ging eine tiefe Bewegung durch das Haus“.

Darauf trat Lasker auf, ein anerkannter Führer der Liberalen, und bekannte, daß man an eine Revision der Maigesetze denken müsse. Das war ein entscheidender Wendepunkt. „Es war unter diesen Reden, als wenn ein Engel des Friedens sich zum Schluß auf die durch den Kulturkampf so oft erregte Versammlung herniedersinken wollte“. Allerdings suchte der Minister Falk, seine wankende Fraktion zu verteidigen und erklärte, daß die Katholiken erst Beweise geben müßten, daß sie ernstlich den Frieden wollten. „Aber man hatte doch den Eindruck, daß das Verlangen nach Beendigung des unseligen Streites sich mächtig regt.“

Die liberale Presse war freilich über die Rede Laskers sehr ungehalten. Aber das konservative Blatt Westfalens hält ihr die schlichten und doch so beredten Worte entgegen: Was hilft's? Es muß dieser traurige Kulturkampf aus der Welt geschafft werden, und durch Strafgesetze und Polizei allein geht das nicht. Alle, welche etwas dazu tun

¹⁾ Monatsblatt, Jahr 1877, S. 91.

²⁾ Ebenda, S. 121.

können, sollten ihren Verstand und Einfluß aufbieten, um den Weg des Friedens zu suchen und zu betreten“¹⁾.

Der Stimmung, die in den konservativen Kreisen herrschte, gab bei der Beratung des Kultusetats der konservative Abgeordnete v. Meyer Ausdruck, als er erklärte, er und seine Partei seien des Kulturkampfes gründlich satt. „Dies einfache Wort machte großes Aufsehen“, schreibt der Verfasser der Weltumschau vom Januar 1878 im Monatsblatt²⁾. „Es ist schwer zu begreifen, weshalb? Alle Vaterlandsfreunde werden dasselbe sagen. Denn dieser unglückselige Kampf zerreißt das Volk, erregt tausendfache Erbitterung, schädigt manigfach heilsame Ordnungen. Möchten doch auf beiden Seiten alle, die Macht und Einfluß haben, auf das Ende dieses Streites hinwirken. Er hat schon genug Trümmer auf seinem Wege hinterlassen, und wo ist der Segen, den er gebracht hätte?“

Der westfälische Kritiker, der von seinem konservativen Standpunkt aus von Anfang an die Kulturgesetze abgelehnt und ihre traurigen Wirkungen tief beklagt hat, erkennt sehr wohl, daß sich die Regierung zu weit vorgewagt und verrannt hat. Sie kann nicht zurück, ohne ihr Ansehen aufs Spiel zu setzen und ihre Politik zu verurteilen. Aber der Friede muß nun doch einmal kommen. Er schlägt einen Kompromiß vor, um aus dem Dilemma herauszukommen: „Der Staat sollte aus den Gesetzen alles entfernen, was in das innere Gebiet der Kirche greift, und die sollte in allen anderen Stücken willig sich schicken“³⁾. Er setzt große Hoffnungen auf Verhandlungen, die der Nuntius Majella am 27. Juli in Riffingen mit Bismarck geführt hatte. Der Staat müsse zurück, das sei auch kein Gang nach Canossa, sondern ein Gang zum endlichen Frieden⁴⁾.

¹⁾ Ebenda S. 121. Im Oktober 1877 machte der Prozeß Koniger großes Aufsehen. Koniger hatte das Verhalten katholischer Beamten ausgekundschaftet und denunziert, dabei auch Erpressungsversuche gemacht. Das Monatsblatt schreibt dazu: „Solche Dinge sind auch Früchte des unseligen Kulturkampfes, welcher Verbitterung, Berflüstung, Haß und allerlei Uneinigkeit aber keinen Segen gebracht hat. Ebenda S. 374.

²⁾ Jahrg. 1878, S. 25.

³⁾ Ebenda. S. 53 ff. Ähnlich.

⁴⁾ Ebenda S. 282 „Je sorgfältiger er (der Staat) die Grenzen der Kirche respektiert, um so fester kann er auf den Forderungen bestehen, die er mit gutem Recht machen kann“.

Und in demselben Sinne, daß der Staat mit seinen kirchenpolitischen Gesetzen weit über das hinausgegangen sei, was er „der Kirche bieten dürfe“, äußerten sich auch am 26. März 1878 im Herrenhause von v. Kleist-Neckow, derselbe, der jetzt auch westfälischer Abgeordneter im Reichstag war, und der konservative Graf Krassow.

In dieser Sehnsucht nach dem Ende des Kirchenstreites begrüßten die Konservativen allgemein den Papstwechsel und die Thronbesteigung Leo's XIII. Sein entgegenkommendes Schreiben an den Kaiser und dessen freundlich gehaltene Antwort ließ die daran geknüpften Hoffnungen berechtigt erscheinen¹⁾. Auch in dem konservativen Minden-Ravensberg äußerte man sich hoffnungsfreudig. „Es ist freilich nur ein schwacher Anfang, aber es ist doch ein Anfang.“ „Zu einem Ende muß es doch kommen, wenn der Schaden nicht unheilvoll werden soll“²⁾.

Die beiden Mordanschläge auf den Kaiser, beidemal von Sozialdemokraten, Hödel und Nobiling, ausgehend, beleuchteten mit grellem Schlaglicht die beklagenswerten Zustände, in die man geraten war. Unser Monatsblatt schildert sie mit folgenden Worten: „Weit verbreitet ist im deutschen Volke das Gefühl, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehen kann. Handel und Industrie liegen noch immer darnieder, die Sozialdemokratie ist zu einer furchtbaren Macht angewachsen, der unglückliche Kulturkampf hat auf seinem Wege beweinenswerte Trümmer zurückgelassen und einen großen Teil des Volkes erbittert, eine Reihe von liberalen Gesetzen haben sich als schädlich erwiesen, die Rohheit und Verwilderung ist gestiegen. Das Alles ist geschehen während der Herrschaft des Liberalismus.“ Und es zieht daraus den Schluß, daß bei den bevorstehenden Wahlen Männer christlichen Glaubens

¹⁾ Am 10. Juni antwortete der Kronprinz auf ein zweites Schreiben des Papstes und auf seine Anteilnahme wegen des Mordversuchs. Er schlug vor den Prinzipienstreit ruhen zu lassen, ist aber bereit die Schwierigkeiten „im Geiste der Liebe zum Frieden und der Verjöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis meiner christlichen Überzeugung ist. Käßling, Gesch. des Kulturkampfes 3, S. 225. Auch Monatsblatt, Jahrg. 1878, S. 252.

²⁾ Ebenda S. 155.

gewählt werden müßten, die auch den Mut haben der Regierung entgegenzutreten, „falls sie auf den verkehrten Weg geraten sollte“.

Die Wahlen haben in der That einen völligen Umschwung gebracht. Der Ruck nach rechts hat auch den Liberalismus wieder aus der Hochburg der westfälischen Konservativen hinausgedrängt. In den Reichstag zogen zur vierten Legislaturperiode 1878 wieder die beiden Konservativen ein, von Kleist-Regow für Halle-Herford und Justizrat Marcard für Bielefeld-Wiedenbrück. Und im folgenden Jahre, 1879, bei den Neuwahlen zum Landtag sind in Minden-Ravensberg wieder 5 Abgeordnete aus der konservativen Partei gewählt worden, darunter Frh. v. d. Reck-Obernsfelde, Stroffer und der Hofprediger Stöcker.

Die veränderte Lage zeigte sich schon bei den Etatsdebatten. Die westfälischen Abgeordneten Stöcker und Stroffer erhoben in ernstem und eindringlichen Ausführungen ihre Stimme für die Beendigung des Kulturkampfes. Noch einen dritten Redner schickten die Konservativen mit dieser Forderung vor, den Frh. v. Hammerstein. Das Ereignis des Tages aber war, daß sogar die liberalisierenden Freikonservativen vom Kirchenstreit nichts mehr wissen wollen. Der Abg. Stengel mußte eine Erklärung abgeben, die dem Staate nahelegte, in kirchlichen Dingen von seinem Gesetzgebungsrecht „mit Weisheit und Mäßigung“ Gebrauch zu machen. Das Ergebnis war dann der Beschluß vom 17. März, der die Bereitwilligkeit zu einem Entgegenkommen in sich schloß.¹⁾

¹⁾ Stöcker machte im Mai eine Rundreise in seinem westfälischen Wahlkreise und hielt dort Reden in Herford, Latenhausen und Lübbecke. Wiederholt betonte er dabei, daß die Konservativen wünschten, daß der Kulturkampf aufhöre. Er bekämpfte das Schlagwort vom Gang nach Canossa. Wenn der Staat aus eigener Initiative Gesetze abändere, sei das keine Schwäche. („Neue Westfälische Volkszeitung“ 1880, Beilage zu Nr. 112.) In Lübbecke am 16. Mai sagte Stöcker: „Wir sehen das Zentrum nicht wie einen Angriffsturm gegen die Regierung (so hatte Bismarck es bezeichnet) an, sondern wie einen Hort der katholischen Kirche. Eine Suspension der Majestätsverletzung ist mindestens nötig. Die Absetzung katholischer Bischöfe und Priester, das Verbot rein geistlicher Amtshandlungen geht zu weit. Der Friede ist uns nötig, schon um des sozialen Kampfes willen.“ Ebenda Nr. 115.

In der That bereitete die Regierung jetzt den ersten Abbau der Kulturkampfgesetze vor. Aber als die Vorlage am 20. Mai 1880 dem Landtage zugestellt wurde, da erklärte sich das Zentrum aus prinzipiellen Gründen dagegen. Der Entwurf gipfelte in der Erteilung „discretionärer Vollmacht“ an die Regierung, auf die Durchführung einiger der Kampfgesetze verzichten zu können. Von den Konservativen gab Hammerstein die Erklärung ab, daß seine Partei zwar lieber die Beendigung des Kulturkampfes in der Form einer Gesetzgebung gesehen hätte, die „organisch das Verhältnis des preussischen Staates zu den verschiedenen Kirchen definitiv regelte“, daß die Vorlage aber als Provisorium und nur als solches annehmbar sei, weil dies augenblicklich der einzig mögliche Weg sei, die schweren Schäden zu heilen. Unterstützt wurde er von dem konservativen Graf Limburg-Sturum, der es aussprach, daß die Konservativen „unverrückt das Ziel im Auge haben, zu einem dauernden Frieden zu gelangen“. Scharf wandte er sich gegen Dr. Falk, der es versucht hatte, seine Maigesetzgebung zu verteidigen. „Ich habe in den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Falk auch jede Spur einer staatsmännischen Ader vermisst.“ Er nennt seine Politik kleinlich, die ausschließlich aus dem Mißtrauen heraus geboren sei.

Bismarck hatte unmittelbar vor dem Einbringen der Vorlage im Abgeordnetenhaus in der Nordd. Allg. Zeitung einen Brief vom 20. April d. J. an den deutschen Botschafter in Wien veröffentlicht, worin er ausführte, das bisherige Entgegenkommen Roms sei nur ein theoretisches gewesen, während die Regierung ihre Friedensliebe praktisch dadurch bestätigt habe, daß man den Staatsanwälten und der Polizei Schweigen auferlegt und die Verfolgung eingestellt habe. In diesem Briefe war wiederum der Vorwurf der Reichsfeindschaft erhoben worden. Die „Neue Westf. Volkszeitung“ bedauert dies und bezweifelt, „ob die Veröffentlichung des Briefes gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkte besonders günstig wirken wird. Wir glauben nämlich, daß der Grundsatz, sich durch Drohungen nichts abzwängen zu lassen, ein gegenseitiger ist“¹⁾. Am 29. Mai

¹⁾ Nr. 122 vom 28. Mai.

bringt dieselbe Zeitung „von wertgeschätzter Seite“ einen Artikel, der auf die wohlwollendste Gesinnung der Regierung für die katholische Kirche hinweist, die katholische Kirche habe „nach dem verunglückten Falkschen Experiment keinen Grund zu der Befürchtung, daß ein Eingriff in ihre wirklichen Rechte wieder versucht werden könnte“. Die Redaktion bemerkt dazu, daß auch ihr die wohlwollende Gesinnung der augenblicklichen Regierung außer Zweifel stehe, „daß wir aber keineswegs die Bürgschaft haben, dieselbe Gesinnung auch bei einer anderen Regierung, die ja im Kreislauf der Dinge kommen — sehr bald kommen — kann, dieselbe Gesinnung vorzufinden. Deshalb reden wir der Annahme der kirchenpolitischen Vorlage nur in dem Sinne das Wort, daß durch dieselbe innerhalb eines bestimmten Zeitraums die endgültige Revision der Maigesetze und verbunden damit ein wirkliches Friedensgesetz zwischen Staat und Kirche angebahnt werde“¹⁾.

Die Zeitung beklagt, daß wiederum gegenseitige Mißverständnisse zwischen Berlin und Rom die Lage erschwert hätten, andernfalls wäre wohl die Veröffentlichung der offiziellen Aktenstücke über diese Verhandlungen unterblieben. Durch diese Publikation sei die ohnedies verwickelte Lage nur noch verwickelter geworden. Also ein offener Tadel gegen Bismarck! Der Friedensliebe des Liberalismus traut dieses Blatt „nicht über den Weg“. Der Liberalismus möchte „an dem Minister Buttamer gar zu gern zum parlamentarischen Tell werden“²⁾.

Es war ja im Grunde eine ganz ungewöhnliche Sache, eine ganze Anzahl noch bestehender gesetzlicher Bestimmungen in ihrer Anwendung oder Nichtanwendung ganz von dem Belieben der Staatsregierung abhängig zu machen. Mit Recht schreibt daher die Neue Westfäl. Volkszeitung: „Ein solcher Grundsatz häufiger angewandt würde alles Recht und Gesetz in seinen Fundamenten aufheben und durch persönliches Belieben und subjektives Ermessen ersetzen, was man also vom Rechtsstandpunkt aus Willkür nennt. Diesem wohl- oder übelmeinenden bloßen Belieben kann und darf am allerwenigsten die christliche

¹⁾ Nr. 123 vom 29. Mai.

²⁾ Nr. 124 vom 30. Mai.

Kirche ausgesetzt werden, wenn nicht ihr göttliches und historisches Recht in bedrohlicher Weise gefährdet und untergraben werden soll“¹⁾. Ein konservativer Mann könne über diese Bedenken nur hinwegsehen in Berücksichtigung des Charakters der maßgebenden Männer und der jetzigen Zusammensetzung des Landtags und in der Erwägung, daß die Vorlage nur ein Provisorium, eine goldene Brücke sein soll für den notwendigen Rückzug. An einer anderen Stelle sagt dasselbe Blatt, daß die Konservativen allerdings einem Minister Falk niemals eine solche diskretionäre Gewalt bewilligt hätten. Wo Puttkamer das Herz habe, da sitze bei Falk nur das corpus iuris. „Mit bloß kalt juristischer Formengerechtigkeit kann aber ein Volk nicht regiert, Schlimmes nicht wieder gut gemacht werden, zumal formelles Recht sehr wohl materielles Unrecht sein kann, was Herr Falk in manchen Punkten seiner Majesgesetzgebung ja bewiesen hat“²⁾.

Die Einstellung der westfälischen Konservativen zu den beiden Kultusministern der Kulturkampfzeit spiegelt sich in einem Artikel „Puttkamer — Falk“ der Neuen Westfälischen Volkszeitung wieder. Hier wird die grundverschiedene Stellung der beiden Männer zur Kirchenpolitik in Ton, Form und Inhalt aufgezeigt: „In Falk sehen wir den rechthaberischen, dialektisch geschulten Juristen mit seinem fiat iustitia, pereat mundus repräsentiert, während uns in Puttkamer der ganze Mensch mit einem Herzen voller Liebe entgegentritt, dem es darum zu tun ist, den amtlichen Pflichten alle unnötige Schärfe und Bitterkeit zu nehmen“³⁾.

Aber auch die westfälischen Presseäußerungen ließen sich während der Verhandlungen vernehmen, daß das Zentrum seine Haltung zur Vorlage ändern müsse. Auf die Liberalen sei kein Verlaß, da sie „trotz aller Versicherungen vom Gegenteil aus Gründen der Selbsterhaltung den Kulturkampf zu einer stehenden Einrichtung machen möchten“⁴⁾. Um dieser Gefahr zu begegnen, müßten

¹⁾ Nr. 126 vom 2. Juni.

²⁾ Nr. 125 vom 1. Juni.

³⁾ Nr. 127 vom 3. Juni.

⁴⁾ Nr. 129 vom 5. Juni.

die Parteien der Rechten, zu denen das Zentrum gehörte, zusammenhalten und die Majorität allein aufbringen.

Die liberale Presse suchte wiederholt durch Aufwerfen des Gegensatzes zwischen Protestanten und Katholiken die kirchenpolitische Frage auf ein falsches Geleise und damit zum Scheitern zu bringen. Die Neue Westfälische Zeitung wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Frontwechsel. „Für uns handelt es sich nicht um den Gegensatz von Protestantismus und Katholizismus, dessen wir uns sehr gut bewußt sind, sondern um Recht und Gerechtigkeit. Wir sagen: Recht muß doch Recht bleiben und der Staat hat kein Recht, einen Bischof oder irgend einen anderen Geistlichen abzusetzen. . . . absetzen kann einen Geistlichen nur die Kirche¹⁾.“

Auch die konservativen Abgeordneten aus Westfalen v. der Reck-Obernfelde, Stöcker und Stroffer nehmen zu dieser ersten Abbauvorlage das Wort, und von der konservativen „Neuen Westfälischen Volkszeitung“ in Bielefeld kommen dazu die übereinstimmenden Begleitattorde.

Frh. v. d. Reck nannte die Waigesetze ein Laborat des modernen Liberalismus, machte sich unter großer Heiterkeit des Hauses über Falk lustig, der die Mutter des Kindes sei und nun nicht zugeben wolle, daß es ein ungeratenes Kind sei. Er sieht in der Änderung, die die Vorlage bezüglich des Gerichtshofes vornimmt, eine wesentliche Besserung gegenüber dem jetzigen Zustand und richtet daher einen Appell an das Zentrum: „Lassen Sie nicht die Gesetzesvorlage unter den Tisch fallen, sondern helfen Sie uns sie praktisch brauchbar durchzuführen, damit doch wenigstens für jetzt dem traurigen Kulturkampf ein Ende gemacht wird²⁾.“

Stöcker erblickt in dem Regierungsentwurf einen Anfang zur Besserung der Verhältnisse, „nicht den Frieden, aber doch den Weg zum Frieden.“ „Unser Herz verlangt, wie das Herz der gesamten deutschen Nation, Beendigung dieses Streites, der an unserm Mark zehrt“. Der Kampf sei ins öffentliche Leben hinausgetragen, in der Presse und in Versammlungen sei er „als Sturmbock gegen die

¹⁾ Nr. 148 vom 27. Juni; ähnlich in Nr. 153 vom 3. Juli.

²⁾ Stenogr. Berichte Abgeordnetenhaus 1879/80. S. 2090 ff.

christliche Weltanschauung“ benutzt worden; das innere Leben der Kirche habe ungeheueren Schaden erlitten. Die staatliche Gesetzgebung dürfe nicht das innere Leben der Kirche regulieren und maßregeln wollen. Deshalb hätten die Konservativen schon zu Beginn des Kulturkampfes der Einführung einer besonderen Gesetzgebung, zumal einer „Strafgesetzgebung“ widerstrebt und den Verwaltungsweg mit einer diskretionären Gewalt vorgezogen. Er meint, es wäre viel Schaden verhütet worden, wenn das Prinzip der diskretionären Gewalt damals angenommen wäre. „Wenn es uns aus den Schwierigkeiten des Kulturkampfes befreit, so sind wir dafür von Herzen dankbar.“ Er fasse die Vorlage auf als den Anfang zu einer Revision der Maigesetze. Eine solche definitive Regelung der kirchlichen Angelegenheiten ist auch der Wunsch der Konservativen¹⁾.

Strosser betonte ebenfalls, daß die Regierungsvorlage nur als eine Abschlagszahlung gelten könne. Der Staat habe die Pflicht die Gesetze wieder zu ändern, nachdem er erkannt habe, daß sie tiefe Beschwernis hervorgerufen und furchtbare Opfer gekostet haben. Er bedauert es, daß der Kulturkampf „so unermesslich großes Unheil, so viel Verderben in diesen 8 Jahren namentlich der katholischen Kirche gebracht hat“. Die Konservativen wollen aber die diskretionäre Gewalt durch ein Amendement auf einen begrenzten Zeitraum bis 1. Dez. 1881 beschränkt lassen. Für diese Zeit seien die Personen, die die Gewalt ausüben, ja bekannt, „und bei Durchführung der Gesetze liegt ein sehr Bedeutsames auch in den damit betrauten Personen“. Zu dem neuen Kultusminister v. Puttkamer, der übrigens in seiner Einleitungsrede zu diesen Verhandlungen, die schwere moralische Verantwortlichkeit der

¹⁾ Stöcker hielt am 24. Juni noch eine zweite Rede, in der er u. a. warme Anerkennungsworte für die katholischen Orden findet, wenn er auch von seinem Standpunkt das klösterliche Erziehungswesen ablehnen muß. Aber er begrüßt es, daß der Gesetzentwurf das Recht erwirken will, neue Klosterniederlassungen zu errichten; wir „würden uns freuen, wenn davon eine recht häufige Anwendung gemacht würde“. Er schildert den Segen, der von solchen Niederlassungen ausgegangen ist und beklagt die Ruinen, die hier dem Kulturkampf zum Opfer gefallen sind, „und die wir, soweit es in unseren Kräften steht, gerne aufbauen wollen“. Ebenda S. 2320.

Regierung anerkannt hatte, „ihre katholischen Mitbürger aus ihrem gegenwärtigen geistigen Notstand zu befreien“, hat Stroffer volles Vertrauen, daß er das Gesetz „mit vollständiger Ehrenhaftigkeit, Gewissenhaftigkeit nach dem Wortlaut durchführen werde“. Wäre Puttkamer 1871–1873 Kultusminister gewesen, „die Maigesetzgebung wäre entweder nicht ins Leben getreten, oder sie wäre anders ausgefallen“. Scharf greift er im weiteren Verlauf seiner sehr bedeutsamen Rede¹⁾ die Hauptverfechter des Kulturkampfes Falk, Gneist und Birchow an, während er der liberalen Partei insgesamt vorwirft, daß sie durch ihre beständigen Schlufsanträge zur Überstürzung der Beratung der Kampfgesetze beigetragen, „um ihren Gegnern den Mund zu verstopfen“. Wir sehen die furchtbaren schweren Folgen des Kampfes vor uns; wir sehen, wie die Staatsregierung das tiefste Mitgefühl für die daraus erwachsenen Leiden hat, und ich meinerseits trete von ganzem Herzen ihren Vorschlägen bei trotz meiner schwersten Bedenken, die ich gegen den Gesetzentwurf hatte, nur um den unseligen Kulturkampf aus unserm Vaterlande wieder herauszuschaffen.“ Zweifellos habe der Staat in der kirchenpolitischen Gesetzgebung vielfach in das Gebiet der Kirche hinübergegriffen, „und gerade darin liegt das Brennende, das Bittere, das Vergiftende des Kampfes“.

Schließlich hat dann noch der konservative Abgeordnete v. Wedell-Malchow²⁾ das Zentrum gleichsam beschworen, jetzt doch nicht gleich das Unmögliche einer völligen Revision oder gar vollständige Beseitigung der Maigesetze zu fordern.

¹⁾ Windhorst selbst nennt sie eine vortreffliche und ausgezeichnete Rede. Ebenda S. 2252.

²⁾ Ebenda S. 2284. Auch am 24. Juni wiederholt v. Wedell in einer neuen Rede diesen eindringlichen Appell an das Zentrum, doch das Friedenswert nicht scheitern zu lassen. Ebenda 2340. Ähnlich äußerte sich auch bei der 2. und 3. Lesung der Konservative v. Rauchhaupt. Er betont, daß die konservative Partei, wie der Abg. Miquel schon bekannt hatte, aus der Vorlage eine ganz andere gemacht habe, als sie ursprünglich war. Das Zentrum möge doch diese Verbesserungen anerkennen und den günstigen Moment zum Frieden nicht vorübergehen lassen. „Wir Konservative halten trotz aller Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, an dieser Hoffnung fest. Möchte die Wunde des Kulturkampfes, welche solange an dem Mark unseres Volkes gekehrt, endlich geheilt werden. Das wird die konservative Partei als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten.“

Damit „verlangen Sie auch von uns, die wir Ihnen sonst gern behülflich sein wollen, wieder zu Ihren Rechten zu gelangen, in dieser Beziehung zu viel¹⁾, das können wir eben nicht leisten. W. H. glauben Sie denn, daß ein Kampf, der seit 7 Jahren spielt und dessen Anfänge viel weiter zurückdatieren, in ein paar Juniwochen abgemacht werden kann? Seien Sie doch zufrieden, daß der erste Schritt jetzt geschieht und verlangen Sie nicht das Unausführbare, das momentan Unmögliche.“

Die Konservativen hatten einen Zusatzantrag gestellt, der wie v. Hammerstein in seiner Begründung hervorhob, der Maigesetzgebung die „vergiftete Spitze“ abbrechen sollte²⁾. Es sollten geistliche Amtshandlungen, die von gesetzmäßig angestellten Geistlichen in erledigten oder solchen Pfarreien, deren Inhaber an der Ausübung des Amtes verhindert ist, vorgenommen werden, nicht den Strafbestimmungen unterliegen.

In der dritten Lesung wurde noch manches geändert; auch der Bischofsparagraph (4), für den die Konservativen lebhaft eingetreten waren, wurde schließlich doch abgelehnt³⁾. Aber das Gesetz hatte, gerade durch die entscheidende Arbeit der Konservativen eine Gestalt bekommen, die der katholischen Kirche Erleichterung brachte. Im Zentrum, das dagegen gestimmt hatte, war man sehr froh, eine Niederlage erlitten zu haben⁴⁾.

Im konservativen Lager in Westfalen war große Freude über diese Wendung zum Bessern. Das Monatsblatt⁵⁾ hebt besonders hervor, wie wohlthuend die Reden des neuen konservativen Kultusministers Puttkamer gegen

¹⁾ Das hatte auch schon der konservative Graf Limburg-Stirum ausgeführt.

²⁾ Es war der Antrag von Vandemer u. Genossen, der dann auch angenommen wurde. v. Hammerstein hatte auch für den Absatz des Antrag Brüel über die Absolution gestimmt. Ebenda S. 2312.

³⁾ Die „Neue Westf. Volkszeitung“ nennt es in Nr. 148 eine liberale Verschlimmderung, daß der Art. 4 gefallen ist. „Was soll nun werden, wenn infolge der Verwerfung von Art. 4 die katholischen Bistümer in Erledigung bleiben? Wir bleiben dann in der Theorie des Friedens stecken, ohne sie ins praktische Leben tragen zu können.“

⁴⁾ Brief Aug. Reichenspergers an seine Frau. L. Pastor, August Reichensperger Bd. S. 2, 189.

⁵⁾ Jahrg. 1880. S. 248 ff.

die Falks abstachen. Es lehnt Falk als Staatsmann ab: „War es staatsmännische Weisheit, Gesetze zu geben, in deren Folge das Land in Verwirrung gebracht ist?“ Alle urteilsfähigen Leute seien darüber einig, daß die Gesetze zu weit gingen. Aber in liberalen Zeitungen läßt man noch immer Falk als großen Staatsmann preisen. „Es ist unglaublich, aber wirklich so.“ Man möge ihm alle Gerechtigkeit widerfahren lassen, „nur spreche man doch nicht vom großen Staatsmann“. Windthorst und Reichensperger erhalten das Lob, „daß sie von ihrem Standpunkte aus vorzüglich sprachen“. Eine besondere Note der Anerkennung bekam der westfälische Abgeordnete Strosser: er „hielt eine ganz vortreffliche Rede, vielleicht die beste, welche er in der Kammer gehalten hat“. Den Haupterfolg sieht das Blatt darin, daß durch die Annahme des Gesetzes die Stellung Puttkamers gefestigt und die nationalliberale Partei gespalten sei. „Sie hat sich den Tod geholt an dem Kampfe wider die Kirche¹⁾.“

Die „Neue Westfälische Volkszeitung“ unterstreicht nochmals, daß dieses „neue Maigesetz“ zwar Stückwerk sei, daß es aber doch geeignet sei, eine Frieden fördernde Wirkung hervorzurufen.

Eine Hauptsensation kam hinterher. Dem Bonner Professor Heinrich von Sybel, der bisher an der Spitze der Kulturkämpfer marschiert war, waren die Augen über die großen Fehler der Maigesetze aufgegangen, wie sich das Monatsblatt ausdrückte. Er hatte in einem offenen Briefe erklärt, daß ein großer Teil der Maigesetze sich als verfehlt und schädlich erwiesen. „Was hat der Staat damit erreicht als die Verödung von 8 Bistümern und von 1400 Pfarreien und die tiefste Erbitterung gegen den Staat bei Millionen seiner Angehörigen.“ Das westfälische Monatsblatt fügt hinzu: „Was der angesehenere, liberale Herr v. Sybel jetzt ausspricht, das ist von konservativer Seite von Anfang an, nun schon seit fast 10 Jahren gesagt und vorausgesagt worden²⁾.“ Sybel schreibe jetzt,

¹⁾ Ebenda S. 281 ff.

²⁾ Ähnlich äußert sich die Neue Westf. Volksz. vom 25. Juli 1880 (Nr. 172). Sybel ist von liberalen Blättern heftig wegen seines Briefes angegriffen worden. Das Blatt nimmt ihn gegen diese Angriffe in Schutz, weil ein ehrlicher Mann die Pflicht habe, die Wahrheit zu bekennen, wenn er sie erkannt habe.

er habe das Fehlerhafte gleich anfangs erkannt. Warum habe er sich dann gehütet, es damals zu sagen, als die Gesetze gemacht wurden? Die Konservativen seien ehrlicher gewesen, da sie verfehlt auch verfehlt, schädlich schädlich genannt haben.

Die Landtagsession vom Jahre 1882 brachte ein zweites Abbaugesetz. Angesichts der segensreichen Folgen, die das vorausgegangene Gesetz von 1880 bereits gehabt hatte — es waren in vielen Gegenden wieder eine geordnete Diözesan- und Pfarrverwaltung und eine geregelte Seelsorge hergestellt worden — konnte das Zentrum nicht länger in seiner prinzipiell ablehnenden Haltung verharren. Anfangs tat es das noch. In dieser äußersten Gefahr traten die konservativen Abgeordneten auf den Plan und redeten dem Zentrum eindringlich zu. Zuerst betonte der Abgeordnete v. Holz nochmals den konservativen Standpunkt, daß es notwendig sei, daß eine grundsätzliche Revision der Maigesetze vorgenommen werde, daß aber, weil dies vorläufig noch nicht zu erreichen sei, auch mit zeitlich beschränkten Vollmachten der Regierung der Friede schon gefördert werden könne. Auch der konservative Graf Limburg-Stirum hatte im Plenum ähnliche Saiten freundlichen Zuspruchs angeschlagen, ebenso wie v. Meyer (Answalde), der schon 1877 die Beendigung des Kulturkampfes gefordert hatte, damals aber mit Schimpf und Hohn überhäuft worden war¹⁾. Er begrüßt den allgemeinen Umschlag des Wetters: „Ich muß sagen, es gehört das zu meinen angenehmsten parlamentarischen Erinnerungen.“

Der westfälische Abgeordnete Stroffer dagegen legte mehr Wert darauf, in klarer Logik nachzuweisen, daß auf dem Wege diskretionärer Gewalt der endgültige Friede

¹⁾ Sten. Ber. Abgeordnetenhaus 1882, Bd. 1, S. 171. Die liberale Presse forderte damals (1877), daß der Landrat v. Meyer zur Disposition gestellt würde. — v. Meyer riet am 8. Febr. 1882 dem Zentrum als „eifriger, wirklicher Freund“, das Gesetz nicht abzulehnen, da die Strömung so entschieden zu seinen Gunsten sei. „Sie würden . . . die große Gruppe im Lande vor den Kopf stoßen, die ich zu vertreten glaube, nämlich die ruhigen und wohlwollenden Protestanten, die dem Kulturkampf von Hause aus unliebsam gegenüber gestanden haben.“ v. Meyer erklärte dann noch (Ebenda S. 198), daß er gern bereit sei, jeden Augenblick bei Revision dieser Maigesetze mitzuwirken.

nicht zu erreichen sei. Es müßten auf gesetzgeberischem Wege die Kulturkampfgesetze revidiert werden, und zwar das, was man ohne Verhandlungen mit der Kurie machen könne, möglichst binnen Jahresfrist. „Ich glaube, eine energische, rasche, feste Umgestaltung der Gesetzgebung wird der kgl. Staatsregierung in den weitesten Kreisen unseres Volkes doppelten Dank, doppelte Liebe, Treue und Anhänglichkeit einbringen, mehr als wenn wir einen so langsamen Gang weitergehen, wie er bisher inne gehalten ist, und namentlich solange wir nicht prinzipiell in die Umgestaltung der Gesetzgebung eintreten wollen.“ Für diese geforderten Abänderungsgesetze macht er positive Vorschläge: Abschaffung des Kanzelparagraphen, Fortfall des Kulturexamens, Beseitigung des außerordentlichen kirchlichen Gerichtshofes, Sicherung des Rechtes der Kirche an der Beaufsichtigung und Leitung der Volksschulen, Einschränkung des Kultusministers und des Landtags im Mitsprechen in kirchlichen Angelegenheiten¹⁾.

Die „Neue Westfälische Volkszeitung“ erklärte am 12. Februar 1882: „Die diskretionären Vollmachten sind der Kulturkampf in Permanenz“, sie verlangt eine Begrenzung auf ein Jahr und fordert Revision der kirchenpolitischen Gesetze.

Den eindringlich verbenden Mahnungen der Konservativen gab das Zentrum endlich nach. Es stimmte einem konservativen Antrag v. Rauchhaupt²⁾ zu, der zu Art. 3 die Beseitigung des Kulturexamens forderte, und der den Bischofsparagraph wieder herstellte und das Begnadigungsrecht des Königs festlegte. Die Fassung des konservativen Antrags hatte wieder erhebliche Verbesserungen gebracht.

Als im Herrenhause darüber beraten wurde, hat v. Kleist-Regow, der nun schon seit 6 Jahren Minden-Ravensberger Abgeordneter im Reichstag war,

¹⁾ Ebenda S. 175. Strosser stellte diese Forderungen für seine Person, nicht als Fraktionsredner. Die Anschauungen der Fraktion waren durch v. Holz und Graf Limburg-Sturum zum Ausdruck gebracht worden.

²⁾ Er wehrt die Angriffe der Freikonservativen ab und erklärt: „Wir Konservativen wollen, daß unsere katholischen Mitbürger endlich aus den Banden des Kulturkampfes befreit werden. Sten. Ber. Abgeordnetenhaus 1882, S. 132 ff. Dabei ist zu bedenken, daß v. Rauchhaupt früher der Führer der Neukonservativen war.“

die denkwürdigen Worte gesprochen, die Maigesetzgebung sei die tiefste Verirrung, in die die preussische Gesetzgebung vielleicht jemals geraten sei, und jeder Jurist müsse beschämt die Augen niederschlagen, daß solche Verirrungen der Jurisprudenz hätten begegnen können; darum gehöre es auch zu den schwierigsten Aufgaben, aus diesem Wirrwarr den Ausweg zu finden¹⁾. Das Gesetz trat am 31. Mai 1882 in Kraft.

Im folgenden Jahre, am 25. April 1883, hatte Windthorst im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Straffreiheit des Sakramentenspendens und des Messelesens gestellt. Derselbe Antrag war schon am 11. Januar 1882 im Reichstag eingebracht worden und mit 233 gegen 115 Stimmen angenommen worden. Die „Neue Westfälische Volkszeitung“ in Bielefeld hatte sich mit größter Bestimmtheit für den Antrag Windthorst ausgesprochen. Unter den für den Antrag Stimmenden gehörten 25 der deutsch-konservativen Fraktion an²⁾, den dagegen Stimmenden nur 15. Es war also bei dem bisher ganz einheitlichen und folgerichtigen Verhalten der Konservativen ein vorübergehendes Schwanken eingetreten. Das kam wohl daher, daß in der deutsch-konservativen Partei die darin ausgegangenen Altkonservativen und Neukonservativen doch hier und da ihre Spuren erkennen ließen. Die westfälischen konservativen Abgeordneten hatten für den Antrag Windthorst gestimmt.

Deshalb erklärte jetzt bei der Wiederholung des Antrags im Abgeordnetenhaus der konservative Abgeordnete für Tecklenburg, Geheimrat Marcard, daß er auch diesmal wieder dafür stimme³⁾. Er betonte das Übereinstimmen des Zentrums und der konservativen Partei, durch das „allein es möglich war, die wichtigsten Gesetzesvorlagen zustande zu bringen. Ich wünsche sehr, daß dieses Einverständnis nicht getrübt, sondern möglichst gefördert werde, denn es ist ohne Übereinstimmung des größtenteils konservativen Zentrums und der Konservativen

¹⁾ Sten. Berichte des Herrenhauses 1882, S. 206.

²⁾ Fraktionsredner war von Hammerstein. Er erklärte die materiellen und formellen Voraussetzungen für die Maifeste seien hinfällig geworden. Sten. Ber. Reichstag 1881/2, S. 564 ff.

³⁾ Auch Stroffer stimmte wieder für den Antrag Windthorst.

eine konservative Reformpolitik unmöglich¹⁾." Der Antrag ging diesmal nicht durch, an seiner Stelle aber wurde eine auch von Marcard unterzeichnete weiter gehende Resolution der Konservativen angenommen²⁾, die eine organische Revision der Maigesetze forderte, und bis das geschehen sei, ein Notgesetz verlangte, das das Sakramentspenden und Messelesen straffrei stellte.

Schon zwei Monate später legte die Regierung ein drittes Milderungsgesetz vor³⁾. Es sollte die Anzeigepflicht nur noch für die festangestellten Pfarrer bestehen bleiben, im übrigen den Bischöfen unbenommen sein, Priester zur Vornahme gottesdienstlicher Handlungen zu ermächtigen. Das war das von den Konservativen gewünschte Notgesetz, das daher auch von dem Grafen Limburg-Stirum mit voller Befriedigung begrüßt wurde. Die Konservativen waren im Abgeordnetenhaus und in der Presse schwer angegriffen worden. Deshalb verwahrte sich der Abg. v. Rauchhaupt gegen diese Vorwürfe: „Wir haben nicht dem Zentrum zu Liebe, sondern dem Vaterland zu Liebe und namentlich der katholischen Bevölkerung zu Liebe unsere Stellung zum Gesetz eingenommen“. Und er steht nicht an zu erklären, „daß es ein politischer Fehler war, die Katholiken Deutschlands als Reichsfeinde zu bezeichnen; ich habe nie an der deutschen Gesinnung unserer katholischen Mitbürger Zweifel gehegt“.

Bei der dritten Beratung nahm der Abgeordnete für Herford-Bielefeld und Halle, Hofprediger Stöcker das Wort und wandte sich scharf gegen die Linke, hielt ihr vor, daß sie an der Zuspitzung des Kulturkampfes schuld sei, und keine Legitimation dafür habe, der konservativen Partei vorzuwerfen, sie habe die protestantische Bevölkerung Preußens an Rom verraten⁴⁾. Wiederum haben Konservative und Zentrum geschlossen für die in der Kommission formulierte Vorlage gestimmt und sie am 25. Juni mit 224 gegen 107 Stimmen zur Annahme gebracht.

¹⁾ Sten. Ber. Abgeordnetenhaus 1882/3, Bd. 3 S. 1593.

²⁾ Der konj. Antrag Althaus u. Gen. wurde durch v. Hammerstein begründet. Ebenda S. 1602 ff.

³⁾ Ebenda S. 2024 ff. Am 11. Juni 1883.

⁴⁾ Ebenda S. 2153 ff.

Der große Ruck nach rechts, der bei den Wahlen im Herbst 1885 die Konservativen als stärkste Partei mit 129 Mann ins Abgeordnetenhaus einzuziehen ließ, entschied endgiltig zu Gunsten der Beilegung des Kulturkampfes. Diesmal setzte Bismarck den Hebel beim Herrenhaus ein, legte ihm am 15. Februar 1886 ein allgemein überraschendes Friedensgesetz vor, und ließ den Bischof Dr. Kopp von Fulda ins Herrenhaus berufen, der durch eine Anzahl Amendements die Vorlage noch verbesserte. Der Kanzler selbst hielt eine eindrucksvolle Friedensrede, deren Wirkung vergeblich die Redner der Linken zu untergraben suchten. Die Konservativen ließen durch v. Kleist-Regow¹⁾, Frh. v. Manteuffel und den Grafen zu Lippe ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen.

Kleist-Regow sprach auch hier ganz im Geiste seiner westfälischen Reichstagswähler, wenn er einen warmen Appell an das hohe Haus richtete: „Lassen Sie Ihre Herzen von dem Entschlusse bewegt werden, in der möglichst ausgiebigsten Weise den Schäden abzuhelpfen, die durch die Maigesetzgebung namentlich noch auf den Gliedern der römisch-katholischen Kirche liegen, und stimmen Sie darum für die Vorlage gleichzeitig mit den beiden Amendements des Bischofs Kopp.“ Sein Urteil über die Maigesetzgebung war von Anfang bis zum Ende in gleicher Weise ablehnend geblieben; jetzt zog er noch einmal die Bilanz der ganzen Kampfzeit mit den Worten: „Wenn ich das Facit der Rechnung ziehe, was von allen diesen Konfliktmaßregeln heute als Kredit übrig geblieben ist, so muß ich sagen: in materieller Beziehung weniger wie nichts, wesentlich nur die Erfahrung, daß man einen falschen Weg betreten hat, die Erkenntnis, wie solche Dinge nicht zu behandeln sind.“

Auch im Abgeordnetenhaus fand das Gesetz eine freundliche Aufnahme. Charakteristisch ist das Urteil, das in der Weltanschauung des wiederholt genannten Monatsblatts für Westfalen über diese Verhandlungen gefällt wird²⁾: „Welch ein Unterschied zwischen jetzt und den siebziger Jahren! Damals Zorn, Erbitterung, es ging oft wie ein Sturm durch die Versammlung, wenn die

¹⁾ Sten. Berichte des Herrenhauses 1886, S. 186 ff.

²⁾ Jahrg. 1886, S. 183.

Katholiken redeten, Angriff und Verteidigung wollten kein Ende nehmen und wurden von Leidenschaft getragen. Jetzt verlief alles im Vergleich mit damals ruhig, fast zahm.“

Das westfälische Blatt sieht in diesem Gesetz schon das ganze Ende des Kulturkampfes. „So wäre denn der kirchenpolitische Streit vorläufig zu Ende, nachdem er fünfzehn Jahre die Gemüter beschäftigt und verbittert, unsägliche Mühe und Arbeit bereitet, viel Staub und Schmutz aufgewirbelt und tiefe Furchen im Leben des Volkes gezogen hat. Mit fast kindlichem Jubel wurde sein Anfang von vielen Seiten begrüßt, mit gewaltigem Getöse wurde er die ersten Jahre geführt, um nun bescheidener zu verhalten. Für den Staat war es verhängnisvoll, daß ein jede Kirche hassendes Judentum und ein in religiöser Hinsicht oberflächlicher Liberalismus als Kämpfer in erster Linie standen. Dadurch wurde der Kampf nicht allein vergiftet und dem gesamten Volksleben verderblich, sondern auch der Ausgang von vornherein recht zweifelhaft.“ Der allgemeine Eindruck gehe dahin, daß der Staat in diesem Kampfe eine Niederlage erlitten habe. „Zedenfalls kann das katholische Volk Deutschlands mit Befriedigung auf den fünfzehnjährigen Krieg zurückblicken; es hat dem mächtigsten Staatsmann der Welt Widerstand geleistet, ohne auch nur in einem Punkte nachzugeben; es hat große Opfer an Geld und Arbeit gebracht und eine den Ausschlag gebende Stellung in den Parlamenten sich erobert und eine Presse geschaffen, wie sie an Größe und Macht auch nur annähernd früher nicht vorhanden war. Eine Kirche, die einen solchen Kampf führen kann, muß ihren Gliedern, muß dem Staate und muß der Welt imponieren.“

Das war also der Eindruck, den man in den konservativen Teilen Westfalens hatte. Man hatte ja dort von Anfang an den Kulturkampf verurteilt und dem Minister fast jede staatsmännische Fähigkeit abgesprochen.

Im folgenden Jahre wurden noch einige weitere stehengebliebene Trümmer der kirchenpolitischen Gesetzgebung hinweggeräumt. Bismarck bediente sich für dieses zweite Friedensgesetz wiederum des Herrenhauses, offenbar weil hier der Sitz des Konservativismus war¹⁾ und

¹⁾ v. Kleist-Mekow tritt hier entschieden für die Vorlage ein.

deshalb auf glattere Annahme zu rechnen war. Er hatte sich nicht getäuscht; selbst der weitergehende Antrag des Bischofs Kopp wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ende April kam die Vorlage dann ans Abgeordnetenhaus. Bismarck setzte sich energisch dafür ein und sagte u. a., die Maigesetze hätten gar keinen dauernden Zustand schaffen sollen, sondern nur vorübergehende Bedeutung gehabt. Das Westf. Monatsblatt wirft mit Recht ein, wenn das der Fall gewesen wäre, dann lohnte sich nicht ein 15 jähriger Kampf, der soviel traurige Folgen gehabt habe.

Im übrigen brachte dieser Schlußakt des Kampfes noch einmal ein Abweichen einiger konservativer Abgeordneten von der Parteiparole. Der Frhr. v. Hammerstein hatte die offizielle Haltung der Partei begründet¹⁾. Er hatte es nochmals festgenagelt, daß der Kulturkampf „ein vom Liberalismus von langer Hand vorbereiteter und geplanter Kampf war“, daß dagegen „weite positive und christliche, konservative Kreise im Lande es ablehnten, die Regierung in einem Kampfe zu unterstützen, welcher am letzten Ende gegen die christlichen Grundlagen unseres Staates, gegen Kirche und Schule sich wandte“. Deshalb trat er auch jetzt für das Friedensgesetz ein, obwohl der Wunsch der Evangelischen Berechtigung habe, daß auch der evangelischen Kirche durch eine Spezialgesetzgebung größere Freiheiten zuerkannt werden möchten²⁾, da nach der Aufhebung des § 15 der Verfassung die evangelische Kirche jetzt schlechter gestellt sei als vor dem Kulturkampf. Er lehnte es aber ab, von der Erfüllung dieser Forderung die Zustimmung zur Vorlage abhängig zu machen³⁾. Aber gerade der aus Westfalen in den Landtag entsandte Abgeordnete Stöcker sonderte sich von diesem offiziellen Parteistandpunkt

¹⁾ Sten. Ber. Abgeordnetenhaus 1887, S. 821 ff.

²⁾ Im Herrenhaus hatte sich Graf Zieten-Schwerin ähnlich ausgesprochen. Der Standpunkt der Konservativen in Westfalen wird von der Neuen Westf. Volksz. 1. April 1887 (Nr. 77) dahin umschrieben: „Wir wollen keine Stärkung der evangelischen Kirche auf Kosten der katholischen, aber wir wollen die evangelische auch nicht geschwächt werden lassen durch die freundlichen Rücksichten auf Rom, sondern wir wollen eine gleichmäßige Stärkung der evangelischen Kirche.“ Zum Verständnis solcher Stellungnahme sei bemerkt, daß die Regierung gegenüber einem Antrag v. Kleist-Regow zu Gunsten der evangelischen Kirche sich wenig freundlich verhielt.

³⁾ So auch die „Konservative Korrespondenz“.

ab und erklärte, nicht eher für dieses Gesetz stimmen zu können, als bis auch der evangelischen Kirche feste Versprechungen von der Regierung gemacht würden¹⁾. In der zweiten Lesung hatte der Abgeordnete v. Hülßen nochmals die konservative Auffassung ähnlich wie v. Hammerstein dargelegt²⁾ und war darin noch von den Konservativen v. Meyer (Arnswalde)³⁾ und dem westfälischen Abg. v. d. Reck unterstützt worden⁴⁾. Der Letztere suchte vor allem die Bedenken evangelischer Kreise gegen die Zulassung der Orden zu zerstreuen. Da der preußische Staat beiden Konfessionen die freie Religionsübung garantiere, so haben die Orden auch ein verfassungsmäßig begründetes Recht, in Preußen geduldet zu werden. „Auch glaube ich, daß man streng religiöse Menschen im Staate viel eher dulden, für viel weniger staatsgefährlich halten kann als Religionslose“. Auch er betonte, daß die evangelische Kirche jetzt schlimmer daran sei, als vor dem Kulturkampf und daß es deshalb nahe gelegen hätte, „den Versuch zu machen, durch einige Zusätze zu diesem Gesetzentwurfe, die Lage der evangelischen Kirche zu verbessern, oder auch einen Teil der Vorlage, namentlich die Zulassung der Orden solange zu beanstanden, bis die Ausgleichung für die evangelische Kirche fertig wäre. Allein man hat das nicht getan. Wir wollen den mühsam errungenen und soweit geförderten Frieden nicht stören und haben deshalb davon Abstand genommen“.

Indessen bei der endgiltigen Abstimmung, bei der weitaus die meisten Konservativen der Parteiparole gefolgt

¹⁾ Sten. Ber. 1887. S. 83 ff. Die „Neue Westfälische Volkszeitung“ geht hier mit Stöcker zusammen und meint, man müsse die Gelegenheit wahrnehmen. (Nr. 83 vom 8. April 1887). Und als Bismarck sich im Abgeordnetenhaus gegen diese Bestrebungen, den jetzigen Friedensschluß mit der katholischen Kirche zu einer Erweiterung der Rechte der evangelischen Kirche zu benutzen, ausgesprochen hatte, da erklärt das Blatt, daß es ihm an dieser Stelle die Heeresfolge versagen müsse. Wenigstens ein Teil der konservativen Fraktion teile diese Stellungnahme. „Wir hoffen, daß zu diesem Teil auch die konservativen Abgeordneten Westfalens gehören.“ Nr. 94 vom 23. April 1887. Die politischen Verhandlungen seien nichts anderes als ein Handel. „Will die Regierung der ev. Kirche nichts geben, dann braucht in diesem Falle der evangelische Abgeordnete der Regierung auch nichts zu geben“. (Ebenda Nr. 95 vom 24. April).

²⁾ Sten. Ber. 1887. S. 879 ff. ³⁾ Ebenda S. 884. ⁴⁾ Ebenda S. 885 ff.

sind, haben von den westfälischen Konservativen auch v. d. Reck und v. Kleist-Regow für das Gesetz, Stöcker aber dagegen gestimmt. Und offenbar ist es der geistige Einfluß Stöckers und der „Neuen Westfälischen Volkszeitung“ gewesen, der die beiden Landwirte Süßmeier und Meyer zu Selhausen schwankend machte¹⁾, so daß sie sich schließlich der Stimme enthielten; 105 Konservative haben dafür, nur 7 dagegen gestimmt, 8 sich der Abstimmung enthalten²⁾. Immerhin ist die Tatsache bemerkenswert, daß aus Besorgnis für die Lage der evangelischen Kirche und aus einer Verstimmung gegenüber der abweisenden Haltung der Regierung heraus einige konservative Abgeordnete gegen dieses Friedensgesetz gestimmt haben. Die parteipolitische Behandlung der Frage hatte hier also eine taktische Abspaltung erfahren, im übrigen war die preussische konservative Fraktion in ihrer Gesamtheit darin einig, daß die evangelische Kirche von der Regierung größere Bewegungsfreiheit zu fordern hätte.

Aber auch darin war man in der konservativen Partei einig und es ist dies auch in der konservativen Presse Westfalens ausgesprochen worden, daß der Ausgang des Kulturkampfes ein Sieg des konservativen Gedankens über den Liberalismus bedeutete. Man erwartete aber eine besondere Agitation des Fortschritts und zog daraus die Folgerung, daß man nun keineswegs müßig sein dürfe. In Minden-Ravensberg werde schon das Nötige geschehen, schreibt die „Neue Westfälische Volkszeitung“³⁾, möchten auch die konservativen Freunde in der Grafschaft Mark, im Tecklenburgischen und im Siegener Land tätig sein. Es war also auch in diesen Gegenden Westfalens am Ende des Kulturkampfes ein konservativer Zuwachs zu verzeichnen. Die Niederlage der liberalen Parteien im kirchenpolitischen Streite hat auch hier ein Besinnen auf die konservative Vergangenheit ausgelöst.

¹⁾ Bei der zweiten Lesung hatten sie mit Stöcker gegen Artikel 5 betr. Zulassung der Orden gestimmt.

²⁾ Kipling, Geschichte des Kulturkampfes Bd. 3, S. 352.

³⁾ Jahrg. 1880, Nr. 161 vom 13. Juli.